Volksstimme

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17 — Fernsprecher 6802

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition: Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27 — Fernsprecher 5407

Nr. 230 | Bezugspreis: Monatlich 1.75 Mk. frei Haus. Bei Abholung 1.60 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 5.25 Mk., ohne Bestellgeld. Einzelnummer 15 Pfennig. | Halle, Dienstag, den 7. Oktober 1919 | Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene Millimeter-Zeile 20 Pfennig, im Reklameteil Millimeter-Zeile 60 Pfennig. — Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr. — | 3. Jahrgang.

Lederwirtschaft.

Wir haben heute die freie Lederwirtschaft. Es ist eine schöne Wirtschaft geworden. Der Konsument — und das ist das ganze Volk — ist den Ausbeutungsgelüsten gegenüber, die auf dem Ledermarkte die höchsten Triumphe feiern, wirklich vogelfrei.

Was hat der Handel sich nicht davon versprochen und was alles den Konsumenten von dem Fortfall der die Lederwirtschaft — bindenden Vorschriften. Mit den privaten Krediten werde er schon die erforderlichen Rohhäute beschaffen; er sei imstande den Schleichhandel wirksam zu bekämpfen. Gewiß würden namentlich in der ersten Zeit für die Schuhwaren Preise zu bezahlen sein, die über den bisherigen Höchstpreisen ständen, aber es werde sofort eine Senkung der Schleichhandelspreise eintreten, zumal wir vor einer sinkenden Tendenz der Preise auf dem Weltmarkt ständen, und vor allem werde jeder Schuhzeug bekommen. Nun ist es den Gegnern der gebundenen Wirtschaft gelungen, die Freigabe der Lederwirtschaft zu erreichen, und als Folge ist mit tötlicher Sicherheit die von allen Kennern der wirtschaftlichen Verhältnisse vorausgesagte wahnsinnige Preiserhöhung eingetreten.

Bei den Beratungen über die Freigabe der Lederwirtschaft habe ich im Wirtschaftsausschuß der Nationalversammlung darauf hingewiesen, daß die mit der Aufhebung der gebundenen Lederwirtschaft notwendigerweise eintretende starke Erhöhung der Preise nur den großen kapitalkräftigen Firmen zugute kommen werde. Was bei freier Wirtschaft die beteiligten Kreise zu erwarten hätten, zeigten die Folgen der Beseitigung der Höchstpreise von rohen Schweine-, Hunde- und Kaninfellen. Der Aufkauf fast des gesamten Gefelles durch einen Großbetrieb hatte ein jrunghaftes Aufschnellen der Preise um tausende Prozent bewirkt. Zu jenen, die der Segen der Freiheit. Für alle Betriebe, die über keinen großen kaufmännischen Apparat verfügten, bleibe nur wenig Ware übrig. Wenn sich bei einer Freigabe der Lederwirtschaft die Preise nach Angebot und Nachfrage bestimmten, würde die Höhe der Schleichhandelspreise erreicht werden. Einen solchen Zustand zu schaffen, müsse ich als ein Verbrechen am Volk bezeichnen.

Nun ist es geschehen; die Lederwirtschaft ist frei und wir erleben eine Preissteigerung, die die bisherigen Schleichhandelspreise in den Schatten stellt. Im Wirtschaftsausschuß der Nationalversammlung wurde von der Seite, die die Freigabe der Lederwirtschaft forderte, als Schleichhandelspreis angegeben für:

Boxcalf	1 Quadratfuß	10—12 M	(2,10 M)
Chevreaux	1 Quadratfuß	16 M	(2,20 M)
Kacheleder	1 Kg.	28—34 M	(8,75 M)
Riemenleder	1 Kg.	32—36 M	(12,75 M)
Blankleder	1 Kg.	26—28 M	(11,75 M)

Die in Klammern gesetzten Ziffern stellen den vom 1. Mai ab geltenden Höchstpreis, der damals um zirka 60 Prozent erhöht war, dar.

Heute ist die Preisgestaltung wie folgt:

			bisherige Höchstpreise
Sohlleder	50—60 M pro Kg.	(	13,75—17,50 M)
Blankleder	60—70 M pro Kg.	(	18,00 M)
Rindsoberleder	120—150 M pro Qm.	(	31,50 M)
Kalboberleder	120—165 M pro Qm.	(	28,00—34,— M)
Roßleder	90—125 M pro Qm.	(	25,— M)
Ziegenleder	120—160 M pro Qm.	(	32,— M)

Zeitweise um noch mehr sind die Preise für Rohhäute gestiegen; sie stellen sich zurzeit:

für Rinderhäute	pro Kg. 20—28 M	(2,70—3,20 M)
für Bullenhäute	pro Kg. 18—25 M	(2,55—3,00 M)
für Kalbshäute	pro Kg. 30—40 M	(5,00 M)
für Ziegenhäute	pro Kg. 70—80 M	(10,75—15,00 M)
für Roßhäute	pro Kg. 60—200 M	(7,50—40,50 M)

Für Ziegen- und Roßhäute ist die Größe mit maßgebend.

Zu beachten ist bei dieser Preissteigerung des Leders, daß es aus Häuten gefertigt wurde, die zu den früheren Höchstpreisen von den Gerbern eingekauft wurden. Die Erhöhung der Höchstpreise am 1. Mai würde den Fabriken einen schon auf 200 Millionen Mark berechneten Konjunkturgewinn verschafft haben, durch eine von mir im Kabinett durchgebrachte Vorlage wollte ich ihn der Reichskasse zuführen. Ich wollte es. Ich weiß nicht was aus dieser Vorlage später geworden ist. Jetzt will die Regierung den neuen noch viel höheren Konjunkturgewinn aus den Rohhäuten zu zwei Dritteln zur Verbilligung der Lebensmittelpreise, den aus Leder zu ein Drittel zur Verbilligung von Schuhzeug für Minderbemittelte heranziehen. Mit Scheffeln wird gegeben, dann soll das mit der Freigabe des Leders gemachte mißglückte Experiment zum Teil wieder gut gemacht werden. Als mißglücktes Experiment bezeichnet nämlich — es ist blutige Ironie — das Berliner Tageblatt den volkswirtschaftlichen Dilettantismus, der auf dem Gebiet der Lederwirtschaft sich produzieren konnte.

Jetzt will niemand die Schuld an diesem mißglückten Experiment haben. Der Verein der Berliner Lederhändler und der der Berliner Lederbetriebsgeschäfte verwahrt sich entschieden dagegen, für die Preisentwicklung verantwortlich gemacht zu werden. Bleiben die Gerber oder doch die großen Lederfabriken. Schuldig sind sie alle. Das, was die Hauptrufer im Kampfe um die Freigabe der Lederwirtschaft sich versprochen haben, das haben sie erreicht. Eine Ausbeutungsmöglichkeit des Volkes, wie sie ihnen nicht glänzender geboten werden konnte. Im Verein mit all den anderen, die die Konjunktur nutzen und dem deutschen Volke Waren feilbieten, die wir uns heute versagen müßten, saugen sie den Rest des Volksvermögens auf, den der Krieg dem Volke noch gelassen hat. Rücksichtslos und unbekümmert um die Volksinteressen denken sie nur an ihren Vorteil. Wenn ihnen das Ausland größeren Profit zu bieten scheint, geht auch das Leder in das Ausland; noch heute, für viele Millionen Mark, z. B. nach Polen. Der Profit ist das goldene Kalb, um das sie tanzen. Und wir gehen zu Grunde. Bis dahin wursteln wir weiter, arbeiten „planlos“ — denn die „Planwirtschaft“, ja, wenn ich nur wirklich wüßte, was man für Einwände dagegen erheben könnte. Sie würde solche Lederwirtschaft nicht ermöglicht haben. Es mag ledern sein, immer und immer wieder hierauf hinzuweisen. Und doch hämmern die Zustände auf dem hier kurz behandelten Gebiet es schließlich jedem ein, daß wir nur mit planvollen Maßnahmen den traurigen Verhältnissen unserer Volkswirtschaft Herr werden.

Rudolf Wissel.

Auch Italien hat ratifiziert.

Paris, 6. Oktober. (Havas.) Der römische Berichterstatter des „Petit Journal“ meldet, daß der König von Italien den Vertrag von Versailles auf Grund der im letzten Ministerrat gefaßten Beschlüsse heute durch Dekret ratifiziert hat.

Von dem beendeten englischen Eisenbahnerstreik

Die Bedingungen, unter denen der Streik abgebrochen wurde, sind folgende:

Die streikenden Eisenbahner nehmen die Arbeit sofort wieder auf; die Verhandlungen [illegible] unter der Voraussetzung, daß sie vor Ende des Jahres beendet sind. Die gegenwärtigen Lohnsätze bleiben bis September 1920 aufrecht erhalten und können nur dann herabgesetzt werden, wenn die Preise der Lebenshaltung inzwischen gefallen sein sollten. Der volle Zugverkehr wird möglicherweise bereits Dienstag wieder in Gang zu setzen sein.

Diese Bedingungen sind nicht gerade fruchtbar. Der Streik als Druckmittel hat versagt und wird aufgegeben. Zu den Verhandlungen erscheinen also die Arbeiterführer ohne entscheidende Machtmittel. Die Unternehmer können sich damit begnügen, die Verhandlungen genügend in die Länge zu ziehen: zu Neujahr muß ja doch Schluß gemacht werden. Wohl werden die gegenwärtigen Lohnsätze gesichert und ihre spätere Senkung wird nur für den Fall niedrigerer Kosten der Lebenshaltung beabsichtigt — vor der zu erwartenden weiteren Steigerung der Preise stehen die Arbeiter mit gebundenen Händen.

Dem „Vorwärts“ wird aus Kopenhagen berichtet: Londoner Mitteilungen über die Beilegung des Eisenbahnerstreiks zufolge war es der Führer der Konservativen, Bonar Law, der die Grundlage zur Verständigung der Parteien schuf. Auf der Massenversammlung der Eisenbahner in Alberthall wurden die Mitteilungen von Thomas von der Beendigung des Streiks von den Eisenbahnern und deren Frauen mit Begeisterung begrüßt. Man erwartet, daß der König eine Proklamation unterschreiben wird, durch die das Parlament zu einem früheren Zeitpunkt einberufen wird, als ursprünglich bestimmt wurde.

Der Berliner Metallarbeiterstreik.

Der Streik in der Berliner Metallindustrie hat auch am Sonnabend wieder weitere Ausdehnung gewonnen. Die Zahl der bestreikten Betriebe hat sich von 210 auf 226, die Zahl der Streikenden dadurch um etwa 6000 Arbeiter erhöht. Die Fünfzehner-Kommission, das Metallkartell und die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes haben beschlossen, die Forderungen der Arbeiter auch den Arbeitgebern zu unterbreiten, die nicht dem Verband der Metallindustriellen angeschlossen sind und nicht in einem Vertragsverhältnis mit ihren Arbeitern stehen.

Die Stadtverordnetenwahlen in Köln.

Am Sonntag, den 5. Oktober, fanden in Köln die Stadtverordnetenwahlen statt. Bis Mitternacht lagen von den insgesamt 404 Wahllokalen die Ergebnisse von 348 vor. Danach haben erhalten: die rechtssozialdemokratische Partei 66 803, die unabhängigen Sozialdemokraten 11 419, die Deutsche Volkspartei 8917, Deutschnationale Volkspartei 8596, Deutschdemokratische Partei 11 073 und das Zentrum 74 902.

Wo stehen die Massen? Wenn man nach dem Mundwerkzeuge urteilen wollte, hinter der U. S. P. In der Tat ist es aber anders. Rund sechsmal so viel Stimmen sind für unsere Partei abgegeben worden, als für die Unabhängigen. Wieder ein Beweis, daß die Massen nach wie vor hinter unserer Partei, hinter der Partei stehen, die ihre Interessen wirklich vertritt.

Die Lage im Ruhrrevier.

Die Nachricht von einem bevorstehenden allgemeinen Arbeiterausstand im Ruhrrevier ist, wie die „P. P. N.“ erfahren, unrichtig. Zwar haben in einzelnen Orten, so z. B. in Dortmund, die Arbeiter aller Organisationen den Ausstand zum 15. Oktober gekündigt, doch wollen sie keineswegs einen allgemeinen Streik provozieren, sondern vielmehr versuchen, auf diesem Wege die Erfüllung ihrer Forderungen zu erreichen. Die Tatsache, daß sich alle Organisationen an diesem Vorgehen beteiligen, läßt klar erkennen, daß dieses Vorgehen keinerlei politischen Hintergrund hat.

Der Umsturz in der Türkei.

Versailles, 6. Oktober. Wie die Pariser Abendpresse meldet, ist in Konstantinopel ein neues Ministerium Ali Riza Pascha gebildet worden, das sechs Minister des alten Ministeriums enthält. Minister für auswärtige Angelegenheiten wird Mustafa Reschid Pascha, Kriegsminister Djemal Pascha. Das Irade des Sultans erteilt dem neuen Ministerium den Auftrag, sofort die Wahlen vorzunehmen und das Parlament einzuberufen.

England droht.

Bern, 6. Oktober. Das WTB. drahtet: Eine Meldung der „Agenzia Stefani“ aus London besagt, daß die englische Regierung nach Ansicht offiziöser Kreise beabsichtigt, in Rom auf schnellste Beendigung des ungesetzlichen Zustandes in Fiume zu drängen, widrigenfalls Italiens Verbleiben im Vierverband gefährdet werden könne.

Das ist die U. S. P.!

Der „Vorwärts“ veröffentlicht ein Protokoll, das in einer Groß-Berliner Metallwarenfabrik am 1. Oktober über die Aufnahme eines Schlossers abgefaßt wurde, dessen Einstellung in den Betrieb der Arbeiterausschuß lediglich deshalb ablehnte, weil der Mann Mehrheitssozialist (jahrelang politisch und gewerkschaftlich organisiert) sei. In dem Protokoll erklärt ein Mitglied des unabhängigen Arbeiterausschusses, namens Boddenberg, man könne den Mehrheitssozialisten nicht in die Fabrik aufnehmen, weil dieser Mann sonst Unruhe in den Betrieb bringen würde. Die Verhandlungen über die Aufnahme dieses Mannes seien nicht nötig. Die Einstellung des Mannes wäre eben abgelehnt. Weiter sagte Boddenberg: Wer heute noch dem Mehrheitssozialismus angehört, hat seine Zeit verschlafen. Die Betriebsleitung prüfte die Tätigkeit des Arbeiters, der Arbeiterausschuß dagegen die politische Richtung. Die Firma hätte das größte Interesse daran, gleichartig gesinnte Leute zu beschäftigen, damit unnötige Unterhaltungen über Politik unterbleiben. Boddenberg stellte dann fest, daß ein ganzer Teil der Kollegen nicht gewerkschaftlich, sondern nur politisch organisiert ist. **Schließlich beschlossen die Arbeiter, da man sich über die Aufnahme dieses Schlossers nicht einigen konnte, in den Streik zu treten, falls ihnen nicht nachgegeben würde, was natürlich nicht geschah.** Der „Vorwärts“ bemerkt zu diesem Protokoll: Wehe dem deutschen Wirtschaftsleben, wenn der Arbeitertypus Boddenberg in der Zukunft mitentscheidend für den Produktionsprozeß werden sollte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191007-13/fragment/page=0001

Der Kampf um die Kriegsgefangenen!

S. A. K. Die Kriegsgefangenen kehren jetzt in die Heimat zurück, sie werden freudig begrüßt und festlich empfangen, die Heimat hat volles Verständnis für ihre ausgestandenen Leiden und ist gewillt, alles zu tun, um ihnen die erlittene Unbill so rasch wie möglich vergessen zu machen. Die verschiedenen politischen Parteien versuchen nun, die Heimgekehrten ihren Zwecken dienstbar zu machen. Das ist ihr gutes Recht, das wir ihnen gewiß nicht verkürzen wollen. Es kommt nur darauf an, welche Mittel bei dieser Propaganda angewendet werden. Die reaktionären Parteien glauben, die Kriegsgefangenen zum Sturmbock gegen die Regierung verwenden zu können. Sie bauen darauf, daß die Heimgekehrten über die politischen Verhältnisse in Deutschland nicht genügend informiert sind und diese Unkenntnis glauben sie für ihre Zwecke ausnützen zu können. Man hetzt nach Strich und Faden gegen die Regierung, wiewohl man weiß, daß die jetzige Regierung mehr für die Kriegsgefangenen geleistet hat, als jemals früher geleistet worden ist. Wir glauben nicht, daß diese Hetze den von den Reaktionären erhofften Erfolg haben wird. Aber es ist notwendig, auf die Methode einmal hinzuweisen, die dabei angewendet wird. Es ist ganz selbstverständlich, daß die jetzige Regierung die Gefangenen darüber aufklärt, was für sie geleistet wurde und wie die politischen Verhältnisse in Deutschland sich entwickelt haben. Von der Regierung verlangen, daß sie diese Aufklärung im Sinne der Reaktionäre, der Feinde der Verfassung und der Republik, halten soll, ist etwas zuviel verlangt. Die Regierung treibt keineswegs eine sozialistische Propaganda, diese Propaganda muß der Partei überlassen bleiben; aber sie hat die Pflicht, die Kriegsgefangenen darüber aufzuklären, wem sie die ausgestandenen Leiden in der Hauptsache zu verdanken haben. Wenn Wut und Ingrimm die Heimgekehrten ergreift, so darf sich diese Wut nicht gegen die Regierung richten, die sich ihrer in der wärmsten Weise angenommen hat, sie muß vielmehr gerichtet sein gegen jene Kreise, die das ganze Unglück verschuldet haben, unter dem das deutsche Volk so maßlos zu leiden hat. Wenn es nach den Absichten der Reaktionäre gegangen wäre, dann hätten die Gefangenen noch lange warten können, bis für sie die Stunde der Freiheit geschlagen hätte. Gerade diese Parteien sind es gewesen, die verlangt haben, die Regierung solle den Frieden, der durch die Schuld der Kriegshetzer zu einem Schmachfrieden geworden ist, nicht unterzeichnen. Wäre die Regierung diesem Wunsche gefolgt, dann würden unsere Gegner den Krieg fortgesetzt haben und das traurige Schicksal der Gefangenschaft hätte dann weiteren Zehntausenden von Söhnen unseres Volkes blühen können. Diesen Weg ist die Regierung nicht gegangen, und dem ist es zu verdanken, daß die Gefangenen jetzt in die Heimat zurückkehren können.

Verschiedene Organisationen haben sich gebildet, die es sich zur Aufgabe gestellt haben, den Gefangenen beizustehen. Der Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer, die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener und andere mehr. Welcher Organisation die Kriegsgefangenen in ihrer Mehrzahl sich anschließen werden, das bleibt abzuwarten; aber der Behauptung muß mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden, daß die Befreiung der Gefangenen verzögert worden wäre, wenn Organisationen, z. B. der Volksbund, ihre Tätigkeit nicht entfaltet hätten. Keine dieser Organisationen konnte es erreichen, daß die Gefangenen auch nur einen einzigen Tag früher der Heimat wiedergegeben wurden. Die Erfolge, die erreicht wurden, müssen zurückgeführt werden auf die rastlose Tätigkeit der Stellen, die mit der Wahrnehmung der Interessen der Gefangenen betraut worden sind. Der Volksbund prahlt fortgesetzt mit seinen vielen Millionen Mitgliedern, die in der Mehrzahl natürlich auf dem Papier stehen. Zu den Millionenzahlen kommt er nur dadurch, daß er die Angehörigen der Kriegsgefangenen, in weitestem Sinne genommen, als Interessenten ansieht und sie der Zahl seiner Mitglieder hinzurechnet. Wenn die angegebene Mitgliederzahl richtig wäre, dann müßte der Volksbund eine Jahreseinnahme von 24 Millionen Mk. haben, und es wäre die Frage am Platze, was mit diesen ungeheuren Mitteln denn nun eigentlich geschieht. Die Frankfurter „Volksstimme" veröffentlichte am 15. September einen Artikel, in welchem sie auf die Uebertreibungen des Volksbundes hinweist, insbesondere darauf, daß in der Berliner Zentrale ein Beamtenapparat von nahezu 70 Köpfen sitzt und daß eine in Deutschland völlig überflüssige Propaganda getrieben wurde, die Unsummen verschlungen hat. Die Frankfurter „Volksstimme" führt dann in dem Artikel einen Fall an, wonach ein Hilfesuchender vom „Volksbund" glatt abgewiesen wurde mit dem Hinweis darauf, daß dafür keine Mittel zur Verfügung stehen. Es muß aber demgegenüber durchaus anerkannt werden, daß die lokalen Organisationen des „Volksbundes" am Empfang der Kriegsgefangenen sehr fleißig mitgearbeitet haben. Diesen freiwilligen Helfern gebührt der uneingeschränkte Dank, der aber natürlich auch ausgedehnt werden muß auf die Angehörigen anderer Organisationen, die sich in dergleichen Weise betätigt haben.

In den letzten Monaten sind nun zahlreiche Briefe von Gefangenen eingegangen, in denen mitgeteilt wird, daß in den englischen und amerikanischen Lagern den Gefangenen verkündet wurde, Deutschland wolle sie gar nicht haben. Daß dadurch unter den Gefangenen eine große Erregung und Erbitterung ausgelöst wurde, ist verständlich. Nach langer Mühe war es gelungen, festzustellen, wie man in den erwähnten Lagern zu der Behauptung kommen konnte. Der Führer des „Volksbundes" in Bonn, ein Professor Bucherer, ist nämlich zu dem englischen Oberst Ryan in Köln gegangen, und hat diesem erzählt, die deutsche Regierung tue nichts, um die Gefangenen freizubekommen. Er hat noch hinzugefügt, in den englischen Lagern seien die deutschen Gefangenen gut, in den deutschen Lagern dagegen die englischen Gefangenen schlecht behandelt worden. Oberst Ryan hat die Mitteilung dieses deutschen Professors an den Rat der Alliierten weitergegeben, und diese haben dann die erwähnte Bekanntmachung in den Gefangenenlagern erlassen. Wenn die seelischen Leiden der Gefangenen dadurch unendlich vergrößert worden sind, dann trifft die Schuld diesen übereifrigen Professor. Während die Zentrale des „Volksbundes" das Vorgehen des Professors mißbilligte, hat sich die Leitung des „Volksbundes" in Köln mit diesem Vorgehen vollkommen einverstanden erklärt. Derartige Vorkommnisse sind im höchsten Grade bedauerlich, ihre Folgen waren unheilvoll, aber es ist jetzt nichts mehr daran zu ändern.

Wir glaubten diesen einen Ausschnitt der Oeffentlichkeit übergeben zu sollen, damit einmal einem allzu prätentiösen Auftreten bestimmter Kreise mit allem Nachdruck und aller Schärfe entgegengetreten werden kann. Unsere Parteigenossen und unsere Gewerkschaften haben die Pflicht, sich mit Herzlichkeit und Wärme der Heimgekehrten anzunehmen und ihnen zu zeigen, daß sie auf die Seite des Proletariats treten müssen, um gemeinsam mit der aufgeklärten Arbeiterschaft den Kampf gegen die reaktionären Strömungen zu führen. Diese Aufklärung wird den Gefangenen zeigen, daß ihre eigentlichen Freunde in den Massen des deutschen Volkes zu finden sind, nicht aber in jenen Kreisen, die sich der Gefangenen lediglich zur Durchführung ihrer volks- und staatsfeindlichen Pläne bedienen wollen. Mehr als bisher müssen unsere Parteigenossen darauf drängen, daß sie in den Empfangsausschüssen beteiligt werden, sie müssen jeden einzelnen in die Heimat zurückgekehrten Kriegsgefangenen besuchen, um auf diese Weise eine Propaganda zu entfalten, die im ausschließlichen Interesse der Heimgekehrten gelegen ist. Wenn unsere Parteigenossen überall in diesem Sinne ihre Schuldigkeit tun, dann wird es leicht sein, die Pläne der Gegner und ihrer bewußten und unbewußten Zutreiber zuschanden zu machen.

Für die Errichtung einer Druckerei zur Herstellung der „Volksstimme"

usw. ist der Verlag „Volksstimme" G. m. b. H. nach eingehender Beratung der Parteiinstanzen beauftragt worden, Darlehen entgegenzunehmen.

Die eingezahlten Gelder werden von 100 Mark an mit 3½ Prozent verzinst und nach vorausgegangener Kündigung zu einem festgesetzten Termin oder vorher bei eintretendem Tode des Darlehnsgeber zurückgezahlt und können außerdem auf andere Personen mit gleichen Rechten übertragen werden.

Für die Darlehen haftet das Vermögen der „Volksstimme" und übernimmt außerdem der Sozialdemokratische Bezirksverband Halle, umfassend den Regierungsbezirk Merseburg, selbstschuldnerische Garantie.

Die Ausgabe von Darlehnsscheinen

zu je 100 Mark erfolgt nur im Verlag „Volksstimme" G. m. b. H. Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Außerdem werden zur ratenweisen Erwerbung von Darlehnsscheinen Zwischenscheine in Höhe von 25 Mark ausgegeben, die gleichfalls im Verlag der „Volksstimme", sowie auf den Parteisekretariaten, bei den Parteikassierern und Funktionären der alten Sozialdemokratischen Partei in Halle und im Bezirk zu haben sind. Alles Nähere ist aus den aufgedruckten Satzungen der Darlehnsscheine ersichtlich.

Partei- und Gewerkschaftsgenossen, Leserinnen und Leser der „Volksstimme"!

Mit der Errichtung einer eigenen Druckerei der „Volksstimme" soll das Unternehmen einer Anzahl rückgratfester Genossen, die zur Gründung einer eigenen Zeitung der Sozialdemokratischen Partei für den Regierungsbezirk Merseburg schritten, nachdem das „Volksblatt" die Geschäfte der Unabhängigen Partei übernahm und einen beispiellosen wüsten Kampf gegen die alte Sozialdemokratische Partei nunmehr seit Jahren führt, gekrönt werden. Die Gründung der „Volksstimme" war kein leichtfertiges Beginnen, sondern war notwendig geworden, um auch in unserem, nach der Parteispaltung besonders ungünstigen Bezirke der sozialdemokratischen Mehrheitspartei wieder ein eigenes Kampforgan zu schaffen. Schwierig war zunächst dieser Weg für die „Volksstimme" und für die Genossen, die sich in ihren Dienst gestellt hatten.

Unter den mannigfachen Schwierigkeiten hatte die „Volksstimme", die noch dazu auswärts hergestellt werden mußte, schwer und unter Zuhilfenahme großer Zuschüsse der Gesamtpartei um ihre Existenz zu ringen. Erst die Revolution und die daran anschließenden Wahlen brachten auch unserem Parteiblatte neue Kräfte und ein sicheres Fundament. Unaufhaltsam dringt die „Volksstimme" seitdem in immer weitere Kreise ein und damit ist auch die Schaffung einer eigenen Druckerei spruchreif geworden. Ist dieses auch bei den gegenwärtigen technischen Schwierigkeiten nicht so schnell durchführbar, so wird doch die Verwirklichung, je schneller die dafür erforderlichen Mittel beschafft werden.

Wir laden deshalb unsere Parteifreunde und -genossen zur materiellen Beteiligung und zur Werbung bei der Schaffung einer eigenen Druckerei für ihr Parteiblatt ein.

Die Preßkommission, der Verlag der „Volksstimme".

Die Räumung Kurlands und die Alldeutschen

In ihrer Note vom 1. Oktober macht die deutsche Regierung den Alliierten Mitteilung von den Maßnahmen, die sie getroffen hat, um die vertragsmäßige Räumung Kurlands von den deutschen Truppen zu erwirken. Im zweiten Teil dieser Note erhebt sie dann entschiedenen Protest gegen die Absicht der Entente, wegen der von der Regierung mißbilligten und bekämpften Widerspenstigkeit einiger Tausend deutscher Soldaten über das ganze deutsche Volk wieder die Hungerblockade zu verhängen. Da die deutsche Regierung, wie schon gesagt, mit ihrem Bestreben, die Räumung Kurlands durchzusetzen, nur eine vertragsmäßige Verpflichtung erfüllt, zudem eine Verpflichtung, die sie willig übernehmen konnte, weil wir in Kurland wirklich nichts verloren haben, war ein anderer Inhalt der deutschen Note schwer denkbar als der gegebene. Trotzdem fällt die alldeutsche Presse wegen dieser Note über die deutsche Regierung her und heulmeiert über die „neue nationale Schmach".

Nun ist ohne weiteres zuzugeben, daß das baltische Abenteuer für Deutschland weder angenehm, noch besonders ehrenvoll ist. Vor aller Welt hat sich gezeigt, daß die deutsche Regierung gewisse Truppenkontingente nicht mehr fest in der Hand hat, ein Schicksal, das sie freilich mit der italienischen Regierung teilt, wie die Angelegenheit von Fiume zeigt. Der Widersetzlichkeit der Truppen in Kurland verdanken wir die fatale internationale Lage, in der wir uns auch in diesem besonderen Fall befinden, und es fragt sich nur, wer diese Widersetzlichkeit verursacht und verschuldet hat. Diejenigen, die die Truppen aufgeputscht haben, sich dem Räumungsbefehl der Regierung zu widersetzen, sind auch die Urheber der „neuen internationalen Schmach".

Wenn wir aber die Schuldigen suchen, stoßen wir, solange die Rolle der Offiziere nicht vollständig aufgeklärt ist, zunächst auf die alldeutsche Presse. Sie ist es, die die Soldaten zum Widerstand gegen die ihnen erteilten Befehle ermutigt hat. Und auch heute noch findet man in ihr kein Wort der Besonnenheit und des Einlenkens, sondern höchstens ein diabolisches Vergnügen an dem von ihr angerichteten Unheil. Mit Leidenschaft nimmt die „Deutsche Tageszeitung" für den früheren Kommandanten, den Grafen v. d. Goltz, Partei, der einen jede Diskussion über die Räumung ablehnenden, von militaristischen Herausforderungen strotzenden Brief an den englischen Militärbevollmächtigten, den General Burt, gerichtet hat. Sie meint, seine Abberufung müsse die Lage noch weiter verschlechtern und verschlimmern, und sein Nachfolger, der General v. Eberhardt, stände vor einer schwierigen, wenn nicht unlösbaren Aufgabe. Zugleich aber feiert sie diesen Nachfolger als Persönlichkeit und Charakter, weil er bei seiner Rückkehr aus Frankreich eine Kundgebung für Wilhelm II. veranstaltet hatte und dadurch in einen Konflikt mit der Regierung geraten war. Es zeigt unseres Erachtens einen bedauerlichen Mangel an geeigneten militärischen Führern, wenn ein solcher Mann mit einer so schwierigen und verantwortungsvollen Aufgabe im Sinne der Regierung betraut werden muß. Die Mitteilung des alldeutschen Blattes ist nur geeignet, Mißtrauen auch gegenüber dem neuen Leiter des Räumungsunternehmens in Inland und Ausland zu erwecken, im Innern die Gegensätze zu verstärken und nach außen hin den Eindruck zu erwecken, die deutsche Regierung sei nicht imstande, gegen die alten kaiserlichen Generäle ihren Willen durchzusetzen.

Mit unserer größeren Energie muß nun der Beweis erbracht werden, daß die Regierung ihren Willen durchzusetzen imstande ist. Es darf nicht zurückgeschreckt werden vor einem Kampf mit äußersten Mitteln gegen diejenigen Elemente, die bewußt und absichtlich die militärische Disziplin untergraben, um neuen Stoff für innere und äußere Konflikte zu finden. Die Alldeutschen haben es förmlich darauf angelegt, das Reich in immer neue Niederlagen hineinzutreiben, um dann ihrem politischen Gegner, der Regierung, die Schuld an der so entstandenen „nationalen Schmach" zuzuschieben. Dieses Spiel mit dem Schicksal des Volkes muß mit eiserner Hand durchkreuzt werden.

In früheren Zeiten waren es gerade die Alldeutschen, die die militärische Disziplin, selbst in ihrer widernatürlichen Steigerung zum Kadavergehorsam, als das Palladium des Deutschen Reiches hinstellten. Die deutsche Regierung hat keinen Kadavergehorsam von den in Kurland stehenden Truppen gefordert, sie hat ihnen mit ruhigen Vernunftgründen auseinandergesetzt, warum sie auf ihren Befehl zur Räumung Kurlands unbedingt bestehen muß. Sie darf jetzt aber nicht den geringsten Zweifel daran bestehen lassen, daß sie, wenn vernünftiges Zureden nicht hilft, entschlossen und imstande ist, ihren Befehlen unbedingte Darnachachtung zu verschaffen. Wenn zur Führung dieses Beweises es notwendig werden sollte, einzelne Personen, die sich als Aufsetzer der Soldaten hervortun, mit rauher Hand anzufassen, so kann die Regierung dessen gewiß sein, daß sie mit einem solchen Verfahren nur den Wünschen einer überwiegenden Mehrheit des Volkes entspricht. Denn es ist notwendig, daß Exempel statuiert werden, wenn sich die Autorität der republikanischen Regierung gegen revoltierende Militärs nicht anders durchsetzen läßt.

„Auch wir können nur mit Wasser kochen."

Die mancherlei Notizen über die Art, wie die Unabhängigen Politik machen, wo sie regieren, ist den Allerweltskerlen arg in die Knochen gefahren. Das „Volksblatt" läßt am Sonnabend eine Rechtfertigung vom Stapel, die zugleich eine ungewollte Rechtfertigung für die Regierungssozialisten ist. In Reuß, das eine feste unabhängige Mehrheit hat, geht es beim besten Willen nicht, so wie es die Unabhängigen möchten, weil eben die wirtschaftlichen Verhältnisse gar nichts anderes zulassen. Es werden da so viele Gründe für die Notwendigkeit dieser unabhängigen „Regierungspolitik" angeführt, die sicher überzeugend wirken müssen. Wir wollen hier nicht streiten. Es ist so, aber es ist überall in Deutschland so, auch da, wo die Unabhängigen nicht regieren und nur den Mund auf- und alles herunterreißen. Alle die Gründe, die das „Volksblatt" zur Rechtfertigung für die unabhängigen Reußen anführt, gelten für die anderen Bundesstaaten und für das ganze Deutsche Reich in demselben Maße. Was wollen die Herren also? Wenn sie in Zukunft auf die „regierenden Rechtssozialisten"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191007-13/fragment/page=0002

sammeln, die nicht immer „vereinsvereine" Arbeit leisten (von wegen den Verhältnissen wie in Reuß), dann werden wir wissen, was wir davon zu halten haben. Reuß liegt nach der „Volksblatt"-Rechtfertigung in Deutschland und ist von der Reichsregierung abhängig — Deutschland aber liegt in Europa und ist in demselben Maße abhängig von den wirtschaftlichen Verhältnissen Gesamt-Europas. Ja, ja, Bauer, das ist aber etwas anderes, denn das Reich regieren ja nicht Unabhängige, sondern „Scheinsozialisten", die voll von „Niederträchtigkeit" sind und deren größte Gemeinheit ist, von den Unabhängigen mehr zu verlangen als demagogisches Herunterreißen alles Bestehenden. Daß das „nichtswürdig" ist, wird jedem Unabhängigen ohne weiteres einleuchten.

Dämmerung bei den Unabhängigen.

Es ist niemanden ein Geheimnis, wie gerade die „Leipziger Volkszeitung" ihren Lesern seit dem 9. November glauben machte, daß es ein Kinderspiel gewesen wäre, nach der Revolution sofort den sozialistischen Idealstaat, sozusagen auf dem Verordnungswege, einzuführen. Nur die verdammten Rechtssozialisten haben dies verhindert. Um die Arbeiter verrückt zu machen, erzählt Kurt Geyer in der „L.V." ja immer noch so Aehnliches, aber ein wenig hat sich der Wind doch schon gedreht. Den kleinen Geyer hat die Leipziger Parteileitung und Preßkommission kaltgestellt, in Kürze wird er ganz aus der „Volkszeitung"-Redaktion ausscheiden, und der Chefredakteur der „L.V.", Hans Block, zieht in dem ultraradikalen Blatte gegen Geyer und seine verrückten Ideen zu Felde. Er wirft Geyer vor, daß er und seine Clique die Partei wieder hinter Marx und Engels zurückführen wollen und fährt dann fort:

Wenn eine Mehrheit für den Gedanken der Diktatur gewonnen ist, so kennt sie auch die Schwierigkeiten der Aufgabe und wird nicht gleich lospfeifen, wenn die sozialistische Regierung nicht sofort eine durchgreifende Besserung der wirtschaftlichen Lage zu schaffen vermag. Ganz anders, wenn die Mehrheit der Arbeiterklasse noch Gegner der Diktatur ist. Dann könnten sie nur alsbaldige greifbare Vorteile auf die Seite der Minderheit ziehen. Wo die aber in der jetzigen wirtschaftlichen Misere Deutschlands herkommen sollen, ist das Geheimnis Geyers. Auch der radikalste Verteilungs-„Sozialismus", d. h.: die Verteilung der in den Händen der Kapitalisten befindlichen Warenvorräte wäre nur ein Tropfen auf heißem Stein. Die Sozialisierung der Produktion aber ist ein länger dauernder Prozeß, aus dem erst allmählich Früchte zu ziehen sind. Mit der Vertröstung auf die langsam reifenden Früchte wird man Massen, die die Notwendigkeit dieser Entwicklung noch nicht erfaßt haben, nicht gewinnen können. Solche Aussichten können nur Eindruck machen auf Arbeiter, die den Weg, der bis zum Ziel zu gehen ist, wenigstens einigermaßen überblicken, die bereit sind, auf Grund ihrer Erkenntnis zeitweilig Opfer zu tragen, weil sie wissen, daß hinter ihnen die Erfüllung folgen wird. Wer an der Richtigkeit der Methode der Diktatur zweifelt, wird solche Opfer nicht bringen wollen, sondern die in seinen Augen falsche Methode für alle Mängel des Uebergangszustandes verantwortlich machen. Die Führer der Räterepublik in Ungarn hatten, wie sie hinterher bekennen, die Opferbereitschaft des Proletariats überschätzt."

Sie kommen langsam wieder zur Vernunft. Vorläufig aber kribbelts und krabbelts noch in dem unabhängigen Ameisenhaufen, und kein Mensch, und wenn er noch so „unabhängig" wäre, findet sich in dem Durcheinander zurecht. Die Klärung wird aber auch dort noch werden, wir können sie gelassen erwarten. Gegen die realen Tatsachen und Möglichkeiten blindwütig anrennen (das taten bisher die Unabhängigen), muß, ob nun früher oder später, Mißerfolg haben. Im Zusammenbrechen ist der unabhängige Widersinn; dieser Zersetzungsprozeß bei den „Radikalen" ist nicht mehr aufzuhalten, letzten Endes kann er der Arbeiterbewegung nur nutzen.

Die Regierungsform in Elsaß-Lothringen.

WTB. Paris, 6. Oktober. (Havas.) Die Kammer hat am Sonnabend morgen dem Gesetzentwurf über die vorläufige Regierungsform in Elsaß-Lothringen zugestimmt, der dieses Land unter den gegenwärtigen Regierungsverhältnissen läßt und erklärt, daß die französischen Gesetze erst dann angewandt werden sollen, wenn die Vertreter Elsaß-Lothringens ihre Plätze im französischen Parlament einnehmen werden.

Kurze Notizen.

Die deutschen Auslandsvertretungen. Zu den Klagen, daß Deutschland Auslands-Vertretungen in Ländern, mit denen es sich im Kriege befunden hat, noch nicht eingerichtet habe, sagt die „D. Allgem. Ztg.": Deutschland wird diplomatische Vertretungen alsbald nach dem Inkrafttreten des Friedens einrichten, sobald die internationalen Voraussetzungen dafür erfüllt sind.

Erzbergers Klage gegen Helfferich. Herrn Helfferich, der es nicht erwarten kann, sei mitgeteilt, daß, wie die V.V.N. erfahren, die Klage des Reichsfinanzministers gegen den einstigen Staatssekretär bereits am 29. September der Staatsanwaltschaft zugestellt worden ist.

Freisprechung. Gestern ging der Prozeß zu Ende, der gegen 12 ehemalige Mitglieder der republikanischen Soldatenwehr in Berlin das Kommandantengericht beschäftigte. Sämtliche Angeklagten wurden freigesprochen.

Italienische Flieger in Berlin. Zum ersten Male seit dem Kriege ist gestern wieder ein ausländisches Flugzeug in Johannisthal gelandet. Es war ein italienischer Mollandro-Doppeldecker, in dem sich zwei Offiziere mit besonderen Aufträgen für das italienische Konsulat in Berlin befanden.

Der Hafenstreik in Kiel beendet. Der Streik der Hafen- und Transportarbeiter in Kiel ist, nachdem Arbeitgeber und Arbeitnehmer den vorgeschlagenen Tarifvertrag angenommen haben, heute beendet.

Eine neue Erfindung über General Goltz. Die von einer Korrespondenz verbreitete, der Petersburger Telegraphenagentur entnommene Nachricht vom Uebertritt des Generals von der Goltz zu den Russen ist, wie die V.V.N. erfahren, glatt erfunden.

Der neue Präsident von Portugal. Havas meldet: Almeeida hat am Sonntag vor der gesetzgebenden Versammlung die Präsidentschaft der Republik Portugal übernommen.

Die Arbeiterkonferenz in Washington. Havas meldet: „Peuple" teilt mit, daß der Vorstand des internationalen Gewerkschaftsbundes, der in Amsterdam tagte, beschlossen habe, an der Washingtoner Arbeiterkonferenz teilzunehmen.

Parteinachrichten.

Verband sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands und Deutsch-Oesterreichs.

Der zweite Kongreß unseres Verbandes findet vom 2. bis zum 5 November in München statt. Tagesordnung: 1. Wir und die Lehrervereine; 2. Richtlinien für ein sozialistisches Schulprogramm; 3. Dringende Organisations- und Tagesfragen. Alle sozialistischen Lehrer und Lehrerinnen werden aufgefordert, Vertreter zum Kongreß zu entsenden. Jede, auch die kleinste Ortsgruppe, hat das Recht, einen Vertreter zu schicken. (Anmeldungen auf Freikarten sind zu richten an den Wohnungsausschuß München, Frühlingsstr. 23, G. a I.)

„Wir marschieren!"

So rufen die Unabhängigen jedesmal, wenn sich ein paar Mehrheitssozialisten zu ihnen verlaufen. Ueber das „unaeheure Anschwellen" der unabhängigen Bewegung gibt die kochen vollgogene Wahl des Arbeitsausschusses der Firma Zeiß in Jena Aufschluß. Die Unabhängigen erhielten 7, die Mehrheitssozialisten 6, die Kommunisten und Demokraten je 1 Mandat. Da dem vorigen Arbeiterausschuß 12 Unabhängige, 2 Mehrheitssozialisten und 1 Demokrat angehörten, haben die Unabhängigen 1 Sitz an die Kommunisten und 4 an die Mehrheitssozialisten abtreten müssen. Auch ein Erfolg, zu dem wir gratulieren.

Zur Revolutionsfeier.

Die deutsche Arbeiterschaft rüstet allenthalben zur würdigen Feier des Tages, der ihr die Bahn frei gemacht hat für den Sozialismus. Der Zentralbildungsausschuß hat in seinem letzten Mitteilungsblatt geeignete Programmvorschläge gemacht, er stellt den Bildungsausschüssen, Jugendvereinen und Parteiorganisationen auch zwei Prologe für diesen Tag, verfaßt vom Gen. Karl Bröger, zur Verfügung. Beide Prologe sind gegen Voreinsendung von 55 Pfg. durch den Zentralbildungsausschuß Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, zu beziehen.

Gewerkschaftliches.

Internationaler Frauenkongreß.

Der nationale Frauen-Gewerkschaftsbund von Amerika hat beschlossen, unmittelbar vor der von Wilson einberufenen Washingtoner Konferenz einen internationalen Frauenkongreß abzuhalten, der an den auf der offiziellen Konferenz zu behandelnden Frauen Stellung nehmen soll. Einladungen sind an 34 Länder gesandt; ob Deutschland und Oesterreich sich unter den eingeladenen Ländern befinden, ist aus der in der New Yorker Tribüne enthaltenen Notiz nicht zu ersehen. Die National Womens Trade Union League hat ihren Sitz in Washington 1423 New York Avenue.

Zur Frage der Neuwahl von Arbeiterräten.

In dieser Frage wird von zuständiger Stelle folgender mitgeteilt:

Nach dem Inkrafttreten der neuen Reichsverfassung sind Zweifel über die Stellung des Zentralrats und der einzelnen Arbeiterräte laut geworden. Beide beruhen bekanntlich nicht auf Gesetzen, sondern sind in der Revolution frei entstanden. Der gesetzliche Zustand ist in der Verfassung vorgesehen, aber noch nicht durchgeführt. Der Entwurf des Gesetzes über die Betriebsräte liegt allerdings schon der Nationalversammlung vor. Ein Gesetz über die Bildung der Wirtschaftsräte wird mit größter Beschleunigung vorbereitet. Immerhin werden bis zur Durchführung dieser Gesetze noch einige Monate vergehen. Der Zentralrat steht auf dem Standpunkt, daß bis dahin kein Vakuum entstehen darf, sondern daß die bestehende provisorische Organisation bis zur Durchführung der neuen Gesetze noch fortbestehen muß. Er hat in Ausführung des ihm vom zweiten Rätekongreß erteilten Auftrages auch noch am 22. August d. J. eine neue Wahlordnung für Wahlen von Arbeiterräten beschlossen. Die dem Zentralrat nach so Gebote stehenden Mittel sind indessen außerordentlich beschränkt, so daß es zweifelhaft ist, wie weit die neue Wahlordnung noch durchgeführt werden kann. Die Reichsregierung konnte Mittel für die Durchführung der Wahlen nicht zur Verfügung stellen, wie dies auch bisher nicht geschehen ist und übrigens nur mit Zustimmung der Nationalversammlung möglich wäre. Die Reichsregierung versucht aber ihrerseits das Provisorium des gegenwärtigen Zustandes durch Beschleunigung der Durchführung der Verfassungsbestimmungen über die Betriebs- und Wirtschaftsräte möglichst abzukürzen, damit die Wahlen nach den neuen Gesetzen möglichst schon Anfang des nächsten Jahres stattfinden können. Die Reichsregierung hat im übrigen den Regierungen der Länder vor kurzem noch eine entgegenkommende Behandlung der ordnungsmäßig zustande gekommenen provisorischen Arbeiterräte in ihrer rechtmäßigen Tätigkeit und ein freundliches Zusammenarbeiten mit ihnen innerhalb solcher Fragen, die nach der Verfassung oder nach kommunalen Vereinbarungen in das Betätigungsfeld von Arbeiterräten gehören, empfohlen, bis nach Durchführung der neuen Gesetze die verfassungsmäßige Regelung an die Stelle treten kann.

Literatur.

Offizier und Republik von Müller-Brandenburg (Heft 4 der Flugschriften der Revolution, Preis M. 1.25). 1919. Berlin S.W.68, Verlag für Sozialwissenschaft. Der Kampf um den Geist der Wehrmacht hat in letzter Zeit besondere Schärfe angenommen infolge des Treibens gewisser Offizierskreise, die bewußt auf die Wiederherstellung der monarchischen Hinterbeine. Diese Frage ist tatsächlich zu einer der brennendsten der deutschen Gegenwart geworden, um so mehr, als republikanisch gesinnte Angehörige der jungen Armee sich im republikanischen Führerbund zusammenschlossen, um die militärische Reaktion erfolgreich bekämpfen zu können. Die vorliegende Schrift ist ihr erstes Manifest. Kommen die Vorschläge Müller-Brandenburg zur Durchführung, dann wird die Reichswehr der Stolz der Republik sein. Geschieht dies aber nicht, so wird die Reichswehr das werden, worauf die reaktionären Elemente hoffen, die Waffe, mit der die Monarchisten das Kaiserreich wieder in den Sattel setzen. Wir empfehlen die Schrift allen Republikanern zur ernsteren Beachtung.

Paul Schwarzhorst. Die Wahrheit über die Türkei. Die Armeniergreuel und Deutschen-Bedrückung durch die Jungtürken. Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H. Berlin 46, Wilhelmstr. 9. Preis 1 Mark. Der Verfasser schildert in kurzen, scharfen Umrissen die ungeheure Korruption, welche im Laufe des Krieges sich innerhalb des weitverzweigten Beamtenapparates der türkischen Regierung entwickelt hatte, und welche er aus eigner jahrelanger Anschauung kennt.

Briefkasten der Redaktion.

An alle die an uns schreiben! Wir bitten dringend die neuen Portosätze zu beachten, da wir jeden Tag große Summen Portostrafgelder zahlen müssen. Einfache Briefe im Fernverkehr kosten 20 Pfg., im Ortsverkehr 15 Pfg.

F. Sch., Halle. Die Volkshochschule wird in Halle am 11. Oktober eröffnet.

H. A., Delitzsch. Wir bekommen die Sache jetzt direkt.

C. B., Zeitz. Ueber die betreffende Versammlung war ihr Bericht der dritte, der von dort einging. Wir haben natürlich nur einen drinnen können. Bei Ihrer anderen Frage können wir nur von Fall zu Fall nach Durchsicht entscheiden.

Die Redaktion übernimmt für unaufgefordert eingesandte Manuskripte weder die Gewähr des Abdrucks noch der Rücksendung. Redaktion der Volksstimme.

Von zehn bis zwanzig.

(10) Roman von Karl A. Meyer.

(Nachdruck verboten.)

Er hatte die Tür nicht zugemacht. Der Strohbach schrie ihm nach. Hardt sagte zu ihm: „Laß nur!" und zog die Tür selber heran. „Er dauert mich, der Wolfram."

„Er ist ein Dummkopf!" sagte der Strohbach kurz.

„Aber ein größerer nicht als du," entgegnete der andere, „sonst hättest du dir vorhin nicht die Prügel geholt."

„Das sagst du, weil du den Rummel nicht kennst. Wenn du mal so lange in der Anstalt sein wirst wie ich —"

„Wie lange?"

„Das weiß ich nicht genau, ich bin vielleicht zwei Jahre alt gewesen oder so, ich war ein paar Jahre lang in der Kleinkinderabteilung — kurz, ich weiß nicht, jedenfalls lange. Jetzt bin ich zwölf. Wenn du ebenso lange hier wärest wie ich, und hättest ebenso oft wie ich, einen Sonntag um den anderen, immerfort und immerfort den Mastnudelstampf fressen müssen, dir wäre er ebenso zum Ekel geworden wie mir."

„Einen Sonntag um den anderen?"

„In vierzehn Tagen, in vier Wochen, in sechs Wochen, in acht Wochen und so Monate, Monate, Jahre, Jahre lang. Wenn dir dann das Zeug nicht zum Halse rauskuckt, dann weiß ich nicht —"

„Was alles gibt es denn da an den Zwischensonntagen?" fragte Hardt.

„Was alles? Reis gibt's da."

„Bloß Reis? Auch manchmal Reis mit Rosinen?" fragte Hardt neugierig. Das hatte er zu Hause gern gegessen.

„Einmal," erzählte der Strohbach, „hätten wir an einem Wochentag bald Reis mit Rosinen gehabt, aber die hatten die Prinzessin und ihre Soldaten rausgefischt. Ich glaub's aber nicht. Ich habe es auch damals nicht geglaubt."

„Eine Prinzessin?" fragte ungläubig Hardt. Er kannte solche Personen aus Märchenbüchern, wie er sie daheim in der Dachkammer gern und oft gelesen hatte.

„Warum denn nicht?" sagte der Strohbach.

„Mit einer langen Schleppe und mit Edelknaben dahinterher —"

„Das hab ich nicht gesehen, wenn sie auch mit mir gesprochen hat."

„Mit dir gesprochen? Was hat sie gesagt?"

„Das weiß ich nicht mehr. Ich hab ihr gar keine Antwort gegeben."

„Sie hat sich zu dir heruntergebeugt — ja vielleicht."

Strohbach erinnerte sich und nach kurzer Ueberlegung lachte er auf: „Ein ganz rotes Gesicht hat sie gehabt und sie war verschwitzt und auf der Nase hat sie Sommersprossen gehabt. Wie ko weiter ausgesehen hat, weiß ich nicht. Ich hatte rechte Wut auf sie; wegen ihr hatte ich eine Stunde zuvor zwei große Hörfeigen vom Inspektor getriegt. Aber das muß ich dir erzählen, setze dich her, das ist lustig. Wir hatten am Vormittag Probe. Es ist alles neu hergerichtet worden, die Stube und der Hof und der Garten, eben alles. Auf dem Wege war gelber Sand gestreut. Die Arbeiten wurden schon Tage vorher gemacht. Als die Prinzessin nun kommen sollte, kriegten wir früh unsere besten Kleider zum Anziehen und neumaschene Schürzen darüber. Dann war Probe. Wir mußten uns im Hofe aufstellen und der Inspektor tat, als wenn er die Prinzessin wäre. Und wenn er so machte (der Erzähler machte es vor), mußten wir alle Hurra schreien. Bei der letzten Probe stolperte er, gerade als er das Zeichen zum Brüllen gab. Als die anderen anfingen, mußte ich lachen. Der Aufseher Hesperger hat es dem Inspektor geklatscht. Da kriegte ich eine Ohrfeige, daß ich in den Sand flog, und dann noch eine, weil meine Kleider dreckig geworden waren."

Hardt lachte. „Und dann ist die Prinzessin gekommen?"

„Ja, in einem Wagen."

„Mit Schimmeln? Sie haben immer getupfte Trompeterschimmel."

„Nein, Schimmel waren es nicht."

„Am Ende war das gar keine Prinzessin", sagte nach einer Pause ungläubig Hardt, „oder du schwindelst. Ich habe schon mancherlei über Prinzessinnen gelesen, aber die hatten keine Sommersprossen und schwitzten nicht, die sehen überhaupt auch ganz anders aus."

„Na, war's eine oder war's keine, was du glaubst, ist mir egal", sagte Strohbach. „Komm, wir wollen die Wanne umkippen und reine machen, daß uns niemand erwischt. — Weißt du, wie sie lief? So tief sie: —" Und er machte seltsame Schritte. „Sie watschelt wie die Frau Inspektorin und war auch ebenso alt wie die Frau Inspektorin und auch so fett", sagte er. „Ein weißes Kleid hatte sie auch nicht an; das sah blau aus und hatte weiße Punkte drauf, wie bei unseren Anstaltsmädchen. Und hinten war der Rock zu groß und schleifte über den Sand hin." Er nahm ein Handtuch von der Wand und machte es vor.

Hardts Meinung stand fest.

„Du, mir tut's mächtig weh hier hinten!" sagte Strohbach, „es muß auch bald zwei Uhr sein — da kommt schon der erste Besuch!" Er hatte ihn vom Fenster aus gesehen.

Eben drehte er sich um und wollte den Kameraden fragen, aber auch er Besuch erwarte heute, als dieser so laut er nur konnte, schrie: „Da kommt meine Mutter!" und mit einem mitten Satz zur Tür hinausstürmte.

Der Zurückbleibende schaute ihm nach. Er hatte noch lange den harten Schlag der zugekrachten Tür im Ohre.

Durchs Fenster sah er, wie der Freund seiner Mutter entgegenlief und wie sie ihn an sich zog und drückte. „Zu mir kommt niemand," sagte er, „zu mir kommt niemand."

Mit langsamen, ziellosen Schritten hinkte er aus dem Zimmer.

Nachdem Fran Hardt vom Inspektor die Erlaubnis zum Besuche eingeholt hatte, meldete sie sich beim Aufseher, der ihren Namen in ein Buch schrieb. Dann durfte sie sich mit ihrem Alex auf eine Bank setzen.

Es wurde viel geredet und es wurde viel verschwiegen zwischen beiden.

Die Mutter wurde des Fragens nicht müde. Die Antworten schienen ihr ungenügend und befriedigten sie nicht. Doch sie sollte nicht erfahren, daß es ihrem Buben nicht wohl gebe. Als der Knabe die Augen der Mutter prüfend auf sich ruhen fühlte, gab er sich Mühe, heiter zu scheinen. Die Mutter hatte ihm von ihrem Mittagessen etwas mitgebracht, Quarkgebackenes und gekochte Aepfel, ein Stückchen Wurst, ein gekochtes Ei und eine kleine Tüte Zuckerwerk.

Neben Frau Hardt saß ein kleines Mädchen in blauem Anstaltskleid. Es mochte so alt wie ihr Junge sein. Es saß allein auf seinem Platz und sah nach der Tür. Die Mutter schenkte ihr ein paar Bonbons und sprach ein freundliches Wort zu ihr. Wie lange sie schon hier sei und wie sie heiße und wie es ihr in der Anstalt gefalle.

Das Mädchen lächelte. Wenn sie eine Mutter zu Hause hätte, wäre sie nicht in der Anstalt. Sie heiße Gertrud Himmelreich, ihr Vater sei auf Besuch gekommen und rede jetzt mit dem Inspektor.

Gertrud Himmelreich . . .

So einen Namen hatte Alex nie gehört. Er schaute ihr ins Gesicht. Sie lächelte.

„Ich geh ihr das", sagte er zu seiner Mutter und zeigte ihr drei Schokoladenstücke, die er dann aus seiner hohlen Hand auf des Mädchens Schürze gleiten ließ.

„Dort kommt mein Vater", sagte das Kind und rückte neben sich einen Platz zurecht.

Die zwei Besuchsstunden waren bald vorbei. Ein Klingelzeichen forderte den Besuch zum Fortgehen auf. Bald sah die Stube wieder aus wie vorher.

Alex stand an der Haustür und sagte zum letztenmal „Lebwohl zur Mutter. Dann tapste er um und verschwand im Hause. Er konnte drum nicht sehen, daß sich die Mutter im Fortgehen viele Male nach ihm umdrehte und wie sie in der Meinung, daß er ihr nachsehe, wiederholt mit der Hand zum Abschied winkte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191007-13/fragment/page=0003

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf von Rohfleisch und Rohwurstkonserven in der Talamtschule am Mittwoch, den 8. Oktober. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 42 001—49 500 vorm. von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 49 501—56 500 nachm. von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann an Haushalte mit 1 bis 3 Personen eine Einkilodose Rohfleisch oder Rohleberwurst, für weitere drei Personen eines Haushaltes noch eine Einkilodose Rohfleisch oder Rohleberwurst abgegeben werden. Der Verkaufspreis für eine Einkilodose beträgt 11 Mark. Außerdem steht in der Talamtschule Rohblutwurst in Einkilodosen zum Preise von 6 Mark und in Zweikilodosen zum Preise von 11 Mark freihändig zum Verkauf. Die Rohfleisch- und Rohwurstkonserven sind auf dem städtischen Schlachthofe und unter städtischer Aufsicht hergestellt worden. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Wurst aus Rohfleisch. Am Mittwoch, den 8. Oktober, können die bei den Rohfleischhändlern A. Thurm, Reilstr. 10, Weinreich, Böttberger Weg 30, Zaubitzer, Steinweg 52, zum Rohfleischbezug angemeldeten Personen 125 Gramm Wurst aus Rohfleisch entnehmen. Der Verkauf darf nur nach den Nummern der Kundenliste erfolgen. Die Rohfleischhändler sind verpflichtet, in den Schaufenstern bekanntzugeben, welche Nummern in den einzelnen Stunden zum Einkauf zugelassen werden. Bei dem Einkauf sind die von den Rohfleischhändlern ausgehändigten Marken und der Warenbezugsschein Nr. 25 vorzulegen. Die Marke 412 ist von den Rohfleischhändlern für jeden verkaufte Vierteipfund Wurst abzutrennen. Die abgetrennten Marken 412 sind von den Rohfleischhändlern bis zum 11. Oktober an das Stadternährungsamt, 1. Obergeschoß, Saal links, zu 100 Stück gebündelt in verschlossenen, mit der Firma versehenem Umschlag abzuliefern. Der Kleinhandelsverkaufspreis beträgt 2,20 Mk. für 1 Pfund Wurst.

Marmelade. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Sept./4. Nov. 1915 wird der Verkauf von Marmelade wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Mittwoch, den 8. Oktober. Es kann für jede Person eines Haushaltes ½ Pfund abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt 130 Pf. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Marmelade einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenliste eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 409 des Warenbezugsscheines 25. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Saal links), binnen 8 Tagen einzureichen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915.

Städtischer Verkauf von Rasierseife in der Talamtschule am Mittwoch, den 8. Oktober. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 27 001—34 500 vorm. von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 34 501 bis 42 000 nachm. von 2—6 Uhr. Es kann gegen Vorlage des Lebensmittelscheines an Haushalte mit 1 bis 2 Personen ein Stück Rasierseife, an Haushalte mit 3—4 Personen 2 Stück und an Haushalte mit 5—6 Personen 3 Stück usw. abgegeben werden. Der Verkaufspreis für ein Stück Rasierseife beträgt 60 Pf. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Ackerbohnen. Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, bei den von ihnen gewählten Großfirmen, die in dieser Woche zum Verkauf gelangenden Ackerbohnen am Mittwoch, den 8. Okt., und am Donnerstag, den 9. Oktober, abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Die Inhaber von Gastwirtschaften werden aufgefordert, die auf ihren Betrieb entfallenden Zuckermarken und Bezugsscheine für Scharin, und zwar die Geschäftsinhaber mit den Anfangsbuchstaben A—G am Mittwoch, den 8. Okt., H—R am Donnerstag, den 9. Okt., S—Z am Freitag, den 10. Okt., T—Z am Sonnabend, den 11. Oktober, vormittags von 8—12½ Uhr im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 2. Obergeschoß, Zimmer 9, abzuholen. Ein Ausweis ist mitzubringen.

Halle, den 7. Oktober 1919. **Der Magistrat.**

Freibank-Verkauf.

Zum Freibankverkauf am 8. Oktober 1919 werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen:

Um 8 Uhr 101—250.

Zum Verkauf gelangt ausl. Schweinefleisch gegen Abgabe des Abschnitts 12 der Einfuhrzusatzkarte.

Halle, den 6. Oktober 1919. **Der Magistrat.**

Genossinnen und Genossen!

Werbt unermüdlich für unsere Partei in Fabrik, Werkstatt und allen Kreisen!

Nur durch große u. starke Organisationen ist es möglich, die gewaltigen großen Aufgaben, welche noch zu lösen sind, erfüllen zu können.

Amtliche Bekanntmachungen für Weißenfels.

Pfennigsparkasse der Stadt Weißenfels.

In den Monaten Juli bis September sind an die einzelnen Verkaufsstellen 800 Marken der Pfennigsparkasse im Gesamtwerte von 80 M abgegeben, während bei der Sparkasse in derselben Zeit 1530 Marken im Gesamtbetrage von 153 Mk. eingegangen und belegt sind.

Indem wir dies hiermit veröffentlichen, empfehlen wir die fernere Benutzung der Pfennigsparkasse angelegentlichst.

Weißenfels, den 1. Oktober 1919.

Der Sparkassenvorstand.

Zehnpfennigsmarken sind zu haben bei den Firmen:

Bechtold, Herrmannsgarten Nr. 17.
Böhme, Marienstraße Nr. 11.
Hoste, Tagewerbene Straße Nr. 7.
Lehmstedt, Gr. Burgstraße Nr. 9.
Petzold, Leipziger Straße Nr. 9.
Siptitz, Hohestraße 37.
H. Schumann, Gr. Burgstraße 2.
Wiegand, Saalstraße 14.

Geschäftsstunden der städtischen Leihanstalt.

Die städtische Leihanstalt, Marienstraße 1a, ist Montags, Mittwochs, Donnerstags und Sonnabends geöffnet. Es ist somit allen Pfandinteressenten ausreichend Gelegenheit gegeben, sich ohne Inanspruchnahme von Mittelpersonen (Pfandvermittlern) an die Leihanstalt direkt zu wenden. [illegible] lassen vermieden werden.

Die Beamten der Leihanstalt sind zur strengsten Geheimhaltung aller Vorkommnisse verpflichtet.

Weißenfels, den 1. Okt. 1919. **Der Magistrat.**

Amtliche Bekanntmachungen für Delitzsch.

Oeffentliche Stadtverordnetensitzung am Donnerstag, den 9. Oktober 1919, abends 6 Uhr. Tagesordnung: 1. Geschäftliche Mitteilungen. 2. Rückerstattung von Mitteln an die Kriegsgefangenen-Heimkehr. 3. Beschlußfassung über Abgabe von Holz an die städtische Bevölkerung. 4. Bewilligung von Mitteln zur Durchführung des Haushalts- und Kulturplanes. 5. Aenderung des Ortsstatuts betr. Reisekosten und Diäten für städtische Beamte. 6. Aenderung der Gebührenordnung des Wasserwerks. 7. Bewilligung von Mitteln für das städtische Lehrerpersonal. 8. Bewilligung von Mitteln für Jalousieapparatur am Krankenhause. 9. Bewilligung von Mitteln zur Beschaffung eines Heizkessels im Krankenhause. 10. Bewilligung von Mitteln zur Beschaffung eines Aufwachtisches für das Krankenhaus. 11. Bewilligung von Mitteln zu Versicherungsbeiträgen. 12. Gesuch des Gewerbelehrers Scharruhn. 13. Antrag der landwirtschaftlichen Winterschule. 14. Aenderung der Umsatzsteuer-Ordnung. 15. Bewilligung von Teuerungszulagen an die Lehrer der Oberrealschule, höheren Mädchenschule und Gewerbelehrer Scharruhn. 16 Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst für die Mitglieder der städtischen Kollegien und Kommissionen. 17. Bewilligung von Mitteln für Fahrrad-Reparatur. 18. Errichtung der Hilfsschule. Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Delitzsch, den 4. Oktober 1919.

Der Stadtverordnetenvorsteher. Buhle.

I. Nachtrag.

Zur Verordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel der Stadt Delitzsch vom 23. Juli 1919.

Art. I.

§ 7 derselben erhält folgenden Absatz 2:

Bis zum 15. Januar 1920 darf der Verfügungsberechtigte über die Wohnräume vorstehend bezeichneter Art erst verfügen, nachdem das Wohnungsamt erklärt hat, daß es einen Wohnungsuchenden gemäß § 2 für die Wohnung dem Vermieter nicht zuweisen will oder eine Woche seit erfolgter Anzeige verstrichen ist, ohne daß das Wohnungsamt sich erklärt hat.

§ 9 wird gestrichen.

Art. II.

Vorstehender Nachtrag tritt sofort in Kraft.

Delitzsch, den 18. August 1919.

Der Magistrat.

Grüneberg, Klänina, Ehrhorn, R. Nickau, Beyer.

Der Herr Staatskommissar für das Wohnungswesen hat durch Verfügung vom 2. September 1919 — St 4. 3463 — auf den Antrag vom 18. August 1919 — I 3153 — den Magistrat zu den in § 9 der Verordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 23. September 1918 (R. G. Bl. S. 1143) bezeichneten Anordnungen ermächtigt.

Delitzsch, den 30. September 1919. **Der Magistrat.**

Städtischer Lebensmittelverkauf. Butter vom Dienstag, den 7. Okt., ab 25 Gramm für 30 Pf. Kartoffeln (38. Woche) 7 Pfund; das Pfund für 10 Pf. Margarine vom Dienstag, den 7. Oktober, ab auf Butterkarten je 100 Gramm für 66 Pf. Marmelade soweit noch vorhanden markenfrei. Nährmittel für Kinder bis zu 2 Jahren vom 6. bis 11. Oktober auf Kinderbrotkarten je ½ Pfund in den Bäckereien Bröse, Max Hennig und Weiser. Speiseöl zum Donnerstag, den 9. ds., bei Gruppen 4, 5 und 6 auf Abschnitt Nr. 53 der Lebensmittelscheine je 200 Gramm für 30 Pf.; ab Montag markenfrei. — Kartoffelbezugsscheine: Am 8. d. Mts. nur nachm. Ausgabe für die Buchstaben U, V, W, Z.

Delitzsch, den 6. Oktober 1919. **Der Magistrat.**

Walhalla-Operettentheater. 7½8 Uhr! Letzte Woche: **Schwarzwaldmädel.** Kasse v. 10-1½, u. 4-6.

Stadt-Theater Mittwoch, d. 8. Okt. 19: Anfang 7, Ende 11 Uhr: **Egmont.** Donnerstag: **Die Rutschbahn.**

Merseburg.

Sozialdemokratischer Verein (Alte Partei).

Mittwoch, den 8. Oktober, abends 7½ Uhr, findet im Restaurant „Hohenzollern" unsere

Mitgliederversammlung statt.

Eine reichhaltige hochwichtige Tagesordnung ist zu erledigen, und ist daher pünktliches und unbedingtes Erscheinen eines jeden Mitgliedes erforderlich. 9196

Die Distriktsleitung. J. A.: Paul Kämpf.

Restaurant „Zum Freischütz"

Naumburg a. S., Nähe Hauptbahnhof empfiehlt seine Lokalitäten zum gemütlichen Aufenthalt. Parteiblatt liegt dort aus.

Geschäfts-Verlegung.

Verlege am 15. Oktober mein Geschäft von **Moritzzwinger 3** nach **Oleariusstr. 5,** Ecke Hallmarkt an der Treppe.

Bis auf Weiteres bleiben meine Geschäftsräume Moritzzwinger 3 noch z. Verkauf offen.

Emil Winkel, Möbel-Lager.

Kinderpflegerinnenschule

des Diakonissenhauses in Halle in Verbindung mit dem städtischen Jugendamt

bildet schulentlassene junge Mädchen in einjährigem Kursus praktisch und theoretisch zu Kinderpflegerinnen (Kindergärtnerinnen 2. Kl.) aus. Beginn des Herbstkursus am 13. Oktober. Anmeldungen bei Diakonisse **Anna Siegmann, Burgstr. 37,** 3—6 nachm.

Bei Einkäufen

bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich stets auf die Inserate in der „Volksstimme" zu beziehen.

Sozialdemokratischer Verein für Halle und Saalkreis (Alte Partei)

Gegründet 27. März 1889.

Sekretariat: Halle-Saale, Harz 42/44
1 Treppe, Zimmer 12 Telephon 6900
Sprechstunden täglich von 9—1 u. 4—6 Uhr.

Das Organ des Vereins ist die

Volksstimme

Expedition: Gr. Ulrichstrasse 27, Telephon 5407.
Redaktion: Gr. Brauhausstr. 17. Fernspr. 6802.

Aufnahmen für den Verein werden im Sekretariat und in der Expedition der Volksstimme entgegengenommen. Das Eintrittsgeld beträgt 50 Pfg. pro Person. Der wöchentliche Beitrag beträgt 20 Pfg. für männliche und 10 Pfg. für weibliche Mitglieder.

Versammlungslokal: St. Nikolaus, Nikolaistrasse.

Die Mitgliederversammlung findet jeden 1. Mittwoch im Monat im grossen Saal des St. Nikolaus statt. Gäste sind in den Versammlungen willkommen

Der Vorstand.
Robert Heine, Vorsitzender.

Speisezimmer Herrenzimmer Schlafzimmer Küchen und einzelne Möbel jeder Art empfiehlt in grosser Auswahl **G. Schaible** Möbelfabrik Gr. Märkerstrasse 26 am Ratskeller.

Schluss der **Anzeigen-Annahme** vormittags **10** Uhr.

Ziehung 13. Oktober **Kölner Los 2 M** Porto u. Liste 45 Pf extra 5 Lose 10 M 11 Lose nur 20 M gemischt 4577 Gewinne **110000 50000 30000 20000** Ziehung Berlin **Rote † Los 330 M** Nürnberger **Gold-Los 330 M** St. Lorenz empfiehlt Bank- u. Lotteriegeschäft **A. Eulenberg jr.** Elberfeld.

Geflügel-Futter, beste Qualität, bei **Eiverge,** e. G. m. b. H., Gr. Märkerstr. 5.

Apollo-Theater Tägl. abends 7½ Uhr: Der liebe Augustin. Operette v. Leo Fall. Nicolo D. Löscher a. G. August M. Willenz a. G. Vorverk. 9—1 u. 5—½7

Möbel Moderne Schlafzimmer in Eiche und genuß. Nußbaum, Speisezimmer, Polsterungen, Sofa m. Umbau, Mahagoni-Salon, Paneelsofa, Herrenschreibtische, Bronzekrähne, Sekretär, Bettkommode, Ausziehtische, Stegstühle, Bettsellen u. Matratzen, Küchenschr. u. Tische, Stühle, echt Nußbaum-Wohnzimmer mit Lederstühlen verkauft 8009 **Friedrich Schirloth,** Kl. Ulrichstr. 34.

Konsumverein für Weissenfels-Naumburg und Umgeg. e. G. m. b. H.

Ab Mittwoch, den 8. ds. Mts verkaufen wir **Obst zur Wintereindeckung** auf dem Hofe unserer Zentrale, Schillerstr. 6.

Der Vorstand.

Grosse Auswahl in 9195 **Waschservicen Küchengarnituren Tellern.** **Sobel,** Steinweg 45. Grellbrichstr. 9. Reilstr. 1. Ammendorf Bahnhofstr. 1

Pelzwarenhaus Gegr. 1913 **6 Breitestr. 6** Telef. 4377 **Lager fertiger Pelzwaren.** Annahme von Reparaturen, Neu- und Umarbeitungen. Aufträge erbitte jetzt vorzunehmen, betreffs pünktlicher Lieferung. Einkauf aller Sorten Felle zu höchsten Preisen.

Möbl. Zimmer möglichst mit Pension bis Mitte Oktober im Osten zu mieten gesucht. Gefl. Offert. mit Preisangabe unt. V. St. 13 a. d. Exp. d. Ztg. erb. 9194

Jüngerer **Arbeitsbursche** gesucht von 9190 Möbelfabrik **Albert Martick Nachf.** Halle a. S., Alter Markt 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191007-13/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, 7. Oktober 1919.

Verein Arbeiterjugend. Da unser Jugendheim heute abend besetzt ist, findet unsere nächste Zusammenkunft Freitag abend statt. Der Vorstand.

Vortragskursus des Bildungsausschusses.

In der kommenden Woche beginnt unsere fünf Abende umfassende Vortragsreihe über

„Die Geschichte des Sozialismus und der deutschen Sozialdemokratie"

und zwar ist der erste Vortrag bereits am

Mittwoch, den 8. Oktober, abends 8 Uhr

im Auditorium 9 (altes Universitätsgebäude) der Universität. Redner sind die Genossen Friedrich Kleeis und Abgeordneter Adolf Thiele. Die Gliederung der Vorträge ist folgende:

I.
Mittwoch, den 8. Oktober:
„Der Begriff, die historischen Grundlagen und Anfänge des Sozialismus."
Vortragender: Genosse Kleeis.

II.
Mittwoch, den 15. Oktober:
Die sozialistischen Bestrebungen in Deutschland bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts."
Vortragender: Genosse Kleeis.

III.
Mittwoch, den 22. Oktober:
„Die Gründungsjahre der deutschen Sozialdemokratie."
Vortragender: Genosse Kleeis.

IV.
Mittwoch, den 29. Oktober:
„Die Sozialdemokratie unter dem Ausnahmegesetz."
Vortragender: Genosse Thiele.

V.
Mittwoch, den 5. November:
„Die letzten dreißig Jahre."
Vortragender: Genosse Thiele.

Die Vorträge beginnen pünktlich um 8 Uhr. Eintrittskarten für den ganzen Kursus zu 1 Mk. für Mitglieder und 1,50 Mk. für Nichtmitglieder sind in der Geschäftsstelle der „Volksstimme", im Parteisekretariat, bei allen Funktionären, Vertrauensleuten und am Saaleingang zu haben.

Kommunalisierungs- und Eingemeindungsfragen im Stadtparlament.

Die gestrige Sitzung zeigte keine direkten „hohen" Momente. Es waren meist allgemeine Fragen zu erledigen und die Tagesordnung wickelte sich mühelos und fast ohne Stockungen ab. Der wichtigste Punkt war wohl der Antrag unserer Genossen, der die Kommunalisierung der Milchversorgung forderte. Hoffentlich wird der Sozialisierungsausschuß diese Sache recht schnell und präzise vorbereiten. Erwarten kann man dies ja ohne weiteres, denn Herr Koenen ist bekanntlich Vorsitzender dieser Kommission. Wenn man ihm auch zu langes Arbeiten vorgeworfen hat, so rechtfertigte er sich doch gestern vor der Versammlung gegen diese „hämischen" Angriffe. Unser Vertrauen zu seiner Sozialisierungstätigkeit ist nun wieder aufs neue gestärkt worden und der Zeitpunkt ist wohl nicht mehr fern, wo die Milchwagen der Stadt durch die Straßen kutschieren und auf den öffentlichen Plätzen die städt. Milchverkaufsstände prangen werden. Eine Anfrage betr. der niedrigen Beamtengehälter konnten die spießerlich angehauchten Bürgerlichen mit keinen anderen Argumenten ausmalen als den zu „hohen" Löhnen der — Arbeiter. Wir können den Beamten nur versichern, daß sie in dieser Frage in den Bürgerlichen wirklich keine guten Anwälte haben, denn mit derartigem Tratsch kann man keine Erhöhung und Besserung der Lebenslage der Beamten schaffen. Nicht auf die Arbeiter neidisch sein, die sich in immermährenden Kämpfen eine einigermaßen an die heutigen Verhältnisse angepaßten Lebenslage schufen, sondern ihnen nachstreben und von ihnen lernen, muß die Losung der Beamten und ihrer — „Anwälte" im Stadtparlament sein. Weiter stand ein Antrag der Unabhängigen zur Debatte, der die Eingemeindung einer ganzen Reihe Ortschaften forderte. Herr Osterburg, der diesen Antrag begründete und auch der spiritus rector dieser „großen Idee" ist, erntete stürmische Heiterkeit, als er erklärte, die Aufstellung der einzugemeindenden Orte nach dem Adreßbuch vorgenommen zu haben. Herr Osterburg schüttelt die Eingemeindung aller dieser Orte mühelos aus dem Handgelenk. Er scheint in seinem stillen Kämmerlein zu Hause schon einen Plan „seiner" neuen Weltstadt Halle entworfen zu haben, denn er sprach von großen Projekten, Elstertalbahn, Uebernahme der Geiseltalbahn, der Hettstedterbahn usw. Er schritt munter darauf los und riß aus dem Saalkreis große Fetzen. Ob Herr Osterburg diesen Landhunger hat, weil — Adolf Thiele das Land „beherrscht", das so arg zugestutzt werden soll? Oder will man dem verhaßten „König" des Saalkreises auf diese Weise ans Leben? Nebenbei sei noch bemerkt, daß, wenn diese Orte schon jetzt bei uns wären, die Unabhängigen sich nicht so eng im Stadtparlament zu bewegen brauchten, da sie dann die Mehrheit hätten. Also ein recht verlockendes Bild für „weit"denkende Strategen dieser Partei. Für Herrn Bock wäre es ja dann ein leichtes, die „ethischen" und „ästhetischen" Vorteile herauszuschälen. Jedenfalls, weit geht der Blick unserer Stadtväter und wenn sich Herr Osterburg an Hand des Adreßbuches weiterentwickeln würde, könnte Halle bald zur Eingemeindung Merseburgs oder gar — Leipzigs schreiten. Trotzdem wünschen auch wir der Stadt Halle, daß sie sich ausbreite, wachse und gedeihe nicht nur unter den Bleistiftstrichen des Herrn Osterburg, sondern, daß Handel und Gewerbe blühe und dadurch der Stadt immer mehr Schätze zugeführt werden. Dann kommen Menschen zu uns, die Häuser und Straßen bauen und unter dem Zeichen eines geordneten Wirtschaftslebens wird sich dann auch in Wirklichkeit die Peripherie der Stadt dehnen und das Vorland automatisch in natürlicher Entwicklung aufnehmen.

Sitzung der Stadtverordneten am 6. Oktober 1919.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende einige kleinere Eingaben und Gesuche bekannt. Der Stv. Schimpf (U. S.) hat sein Mandat niedergelegt. Von einer ganzen Reihe hiesiger Vereine ist ein Schreiben an die Versammlung eingegangen, in dem scharf gegen die jetzigen Zustände auf dem Kinomarkt Stellung genommen wird. Die einzelnen aufzuführenden Stücke sollen einer Zensur unterworfen werden. Während der Wintermonate könne der Kinobetrieb ganz eingestellt werden. Das Schreiben wurde dem Schulausschuß überwiesen. Ein von 57 Familien unterzeichnetes Gesuch fordert städt. Pachtland an den Klausbergen. Das Gesuch wurde an den Magistrat weitergegeben. Zwei Anträge des Stv. Osterburg und Gen. werden auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt. Ein Dringlichkeitsantrag des Stv. Osterburg wurde sofort behandelt. **Den bedürftigen Steuerzahlern gegenüber soll bei Einziehung der Steuerraten die weitgehendste Milde angewandt werden. Bei schwierigen Fällen soll eine Abschlagszahlung der Steuerbeträge gewährt werden.** Stv. Osterburg begründete den Antrag in kurzen Zügen und er wurde nach kurzer Aussprache angenommen. Damit waren die Eingänge erschöpft und die Versammlung ging zur Tagesordnung über.

Da die Räume des Arbeitsamtes unzureichend geworden sind, war der Magistrat gezwungen, einen Teil des Arbeitsamtes in anderen Grundstücken unterzubringen. Diese Trennung hat aber Zustände herbeigeführt, die auf die Dauer unhaltbar sind. Infolgedessen wurde das recht vorteilhaft gelegene Grundstück Gr. Berlin 14 erworben, dessen Ausbau für fragliche Zwecke mit verhältnismäßig nicht zu hohen Kosten möglich ist. Die Kosten für den Umbau sind laut vorgelegtem Voranschlag auf 77 000 M. berechnet worden, und sind dem Substanzgeldersonds zu entnehmen. Die Versammlung stimmte dem Umbau des betr. Grundstücks, sowie der Mittelbewilligung in Höhe von 77 000 M. zu.

Ein Antrag des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und ehemaligen Kriegsteilnehmer, um Bereitstellung von Mitteln zur Beschaffung von Heizmaterial, wurde dem Magistrat zur Erwägung überwiesen.

Nach überschlägiger Berechnung des Arbeitsausschusses der Kriegsgefangenenheimkehr sind für Erfrischungen, Verpflegung, Unterstützungen der heimkehrenden Kriegsgefangenen sowie für Bürokosten, Löhnung von Bediensteten, Drucksachen und dergl. insgesamt etwa 90 000 M. erforderlich. Diesen Ausgaben stehen an Spenden usw. nur rund 30 000 M. Einnahmen gegenüber, so daß etwa 60 000 M. ungedeckt sind. Da weitere Spenden in Höhe von 10 000 M. zu erwarten sind, wurden zur Deckung des Fehlbetrages weitere Mittel bis zur Höhe von 50 000 M. bewilligt.

Den Witwen gefallener Kriegsteilnehmer, die ehemals städt. Arbeiter waren, wurden Zuschüsse zur Kriegshinterbliebenenfürsorge für Kinder unter 15 Jahren vom 1. Oktober 1919 an um 75 M. auf 150 M. bewilligt.

Der Weitervermietung der bisher an Sprengel & Rink vermieteten Räumlichkeiten im städtischen Grundstück Leipzigerstr. 2 an den bisherigen Mieter für die Zeit vom 1. Juli 1920 bis zum 30. Juni 1926 unter Erhöhung des Mietzinses auf jährlich 6500 Mark wurde zugestimmt.

Im weiteren Verlauf wurde ein Angebot einer Großfirma besprochen, in dem der Stadt amerikanische Gaskohle angeboten wurde, die im Preis jedoch siebenmal so hoch ist, wie die deutsche Kohle. Es würde sich dabei ein Gaspreis von 1,58 Mark pro Kubikmeter ergeben. Die Versammlung hieß es gut, daß Magistrat und Gaswerkskuratorium diese Offerte abgelehnt haben, denn der Vorteil würde durch die gewaltigen Kosten nicht aufgewogen werden. Jedoch sollen die derartigen Angebote auch in Zukunft erwogen werden.

Ein **Dringlichkeitsantrag unserer Genossen** ersuchte den Magistrat, **Schritte zu tun, um die unhaltbaren Zustände in der Milchversorgung zu bessern. Insbesondere ihre Kommunalisierung zu erwägen.**

Gen. Kleeis begründete diesen Antrag und arbeitete dabei eindringlich mit statistischem Zahlenmaterial. Vor dem Kriege brauchte Halle täglich 40 000 Liter Milch, wovon 60 Proz. von den Großmilchbetrieben geliefert wurden. Dagegen war der Milchhandel in Halle sehr verzettelt. Allein 164 Milchhändler versorgten Halle. Davon verkaufte der dritte Teil noch nicht einmal 50 Liter pro Tag. Es waren hier also ziemlich primitive Verhältnisse vorhanden. Die jetzige Lage auf dem Milchmarkt ist ein geeignetes Moment um hier einmal durchgreifend zuzufassen. Die Milchversorgung der Stadt muß zentralisiert und unter städtischer Regie verwaltet werden.

Eine Eingabe des Halleschen Milchhändlervereins ersuchte um Zurückstellung dieser Angelegenheit. Die Versammlung beschloß jedoch, dem Magistrat zu empfehlen,

eine Milchzentrale zu errichten und die Kommunalisierung der Milchversorgung vorzubereiten.

Ein Gesuch der Guttemplerloge „Moritzburg" um Gewährung einer Beihilfe zur Jahresversammlung des Deutschen Guttemplerordens wurde dem Magistrat zur Erwägung überwiesen.

Ein weiterer Antrag unserer Genossen lautete: Zur bevorstehenden Anstellung eines Berufsberaters beantragen wir: **Für die Stelle kommen nur Männer und Frauen in Frage, die pädagogisch, psychologisch vorgebildet und mit den Hallschen Verhältnissen vertraut sind, die sich in der Berufsberatung bereits betätigt und mit der hiesigen Lehrerschaft, mit der sie arbeiten sollen, engste Fühlung haben. Die Vorschläge der durch den Hallschen Kreislehrerrat vertretenen Hallschen Lehrerschaft sind in erster Linie zu berücksichtigen. Das Amt ist so zu dotieren, daß hiesige Rektoren, Lehrer und Lehrerinnen es übernehmen können, ohne eine Minderung ihres Einkommens zu erleiden.**

Gen. Wilke führte dazu aus, daß es unbedingt erforderlich sei, an diese Stelle den richtigen Mann zu bekommen. Ob sich derselbe bei dem versprochenen Gehalt von 3600 M. finden wird, sei sehr fraglich. Eine Lehrlingsvermittlungsstelle dürfe auf keinen Fall aus dem Berufsberaterbüro gemacht werden.

Die Versammlung nahm den Antrag an und überwies ihn dem neu zu bildenden Schulausschuß, der eine geeignete Persönlichkeit in Vorschlag bringen soll.

Eine Eingabe um Beseitigung von Unzuträglichkeiten im Stadtbad wurde erledigt, indem der Magistrat ersucht wird, dafür zu sorgen, daß Kinder unter 14 Jahren nachmittags nach 5 Uhr nicht mehr baden sollen. Mit dem Garnisonkommando der Landesjäger soll ebenfalls ein diesbezgl. Abkommen getroffen werden.

Ein Gesuch der Kriegers-Sanitätskolonne vom Roten Kreuz zu Halle um Ueberlassung der ganzen Räumlichkeiten im Hause Rathausstraße 16 p. wurde an den Magistrat überwiesen.

Bei der Debatte über die Müllabfuhr, die in eigene städtische Verwaltung übernommen werden soll, entspann sich eine längere Aussprache über das jetzige äußerst unhygienische und gesundheitsschädliche Auf- und Abladeverfahren der hiesigen Müllabfuhr. Frau Stv. Schmidt wies besonders auf die Gefahren hin, denen die dort beschäftigten Frauen ausgesetzt sind. Herr Stadtrat Grothe sprach sein Bedauern aus, daß es leider noch nicht gelungen sei, das richtige Verfahren zu finden. Stv. Koenen wies darauf hin, daß so schnell wie möglich die vollkommen widersinnige und in der heutigen Zeit nicht mehr nötige Müllschipperei beseitigt werde. Den Vorwurf, den ihm einige Zeitungen betr. zu langsamen Arbeitens als Vorsitzender der Sozialisierungskommission gemacht haben, wies er als ungerechtfertigt zurück. Das Fehlen des Materials habe bei den betr. Vorarbeiten eine große Rolle gespielt. Die Vorschläge der Sozialisierungskommission wurden dann von der Versammlung angenommen.

Eine längere Aussprache erzeugten die vollkommen unzureichenden Beamtengehälter. Stv. Carlsohn und Gen. hatten eine diesbezügl. Anfrage gestellt, die folgenden Wortlaut hatte: Die Gehälter mancher städtischer Beamtengruppen, insbesondere auch der wissenschaftlich vorgebildeten sind unzureichend. Ist der Magistrat bereit, der Stadtverordneten-Versammlung baldmöglichst eine Vorlage über die Neuordnung der Beamtengehälter vorzulegen?

Stadtrat Wurm antwortete, daß dem Magistrat die Notlage der Beamten bekannt sei und daß er anerkennt, daß die Gehälter viel zu niedrig sind. Eine Neuordnung müsse sowieso in die Wege geleitet werden. Auf Antrag des Stv. Hildebrandt schloß sich hieran anschließend eine Debatte an. Er stellte den Antrag, das Steuerprivileg zu beseitigen und dafür eine dementsprechende Gehaltsregulierung vorzunehmen. Herr Balke konnte es sich bei dieser Gelegenheit nicht verkneifen, das landsübliche Spießerlied von den hohen Löhnen der Arbeiter und den niedrigen Gehältern der Angestellten und Beamten zu singen. Stv. Hildebrandt antwortete ihm jedoch ganz richtig, daß die Beamtenschaft sich eben organisieren müsse, aber nicht um auf die hohen Löhne der Arbeiter zu wettern, sondern danach zu streben, sich selbst auch menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen. Gen. Dürfeld betonte, daß eine endgültige Lösung dieser Frage nicht möglich sei, ehe das Reich die nötigen Schritte getan habe. Bis dahin müsse das Steuerprivileg sowieso noch bleiben. Ein großer Teil von Beamten fänden es jedoch als unwürdigen Zustand, daß ihnen dieses Privileg dauernd vorgehalten wird. Sie wünschen eine entsprechende Entlohnung und wollen dann ihre Staatspflichten genau wie jeder andere erfüllen. Nach einigen Ausführungen der Stv. Bundt, Hoe, Kirbs und Splett fand die über diese Angelegenheit sehr in die Breite gehende Debatte ihr Ende.

Es folgten dann Anträge der U. S. P.

Der erste Antrag ersucht den Magistrat um eine Vorlage zwecks Eingemeindung der Ortschaften: Ammendorf, Büschdorf, Bruckdorf, Burg b. Reideburg, Büschdorf, Canena, Capellendorf, Diemitz, Dölau, Lettin, Nietleben, Diendorf, Passendorf, Radewell, Reideburg mit Krondorf und Gutsbezirk, Saalgondorf, Reideburg-Gutsbezirk, Schönnewitz, Seeben, Wörmlitz.

Dazu führte Stv. Osterburg aus, daß man doch einmal an die Frage herantreten müsse. Je eher hierbei gehandelt würde, desto besser sei es. Ein warnendes Beispiel sei die zu späte Eingemeindung von Trotha, Cröllwitz und Giebichenstein gewesen, deren Wirkung man heute noch verspüre. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen konnte man erkennen, daß er die Aufstellung der einzugemeindenden Ortschaften vollkommen ohne die nötigen volkswirtschaftlichen, politischen und kulturellen Grundlagen vorgenommen hatte, sondern die Ortschaften aus dem — Adreßbuch abgeschrieben hatte. Da der Antrag in dieser Form nicht auftreten erhalten werden konnte, wurde er dahin abgeändert, daß der Magistrat erwägen soll, **ob und welche Orte für Eingemeindung in Frage kämen.** Dem stimmte dann die Versammlung zu.

Der zweite Antrag der U. S. P. lautete: Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt, gegen die Erklärung des Magistrats, durch welche die von der Stadtverordneten-Versammlung beschlossene Bezahlung der Streiktage der Straßenbahner abgelehnt wird, den Konflikt bei dem Bezirksausschuß zu erheben.

Gen. Kleeis erklärte, daß unsere Genossen diesem Antrag zustimmen würden, wenn ein Konflikt rechtlich möglich ist. Stv. Koenen betonte, daß die rechtliche Grundlage wohl vorhanden sei und der Magistrat es eben nur auf eine Machtprobe ankommen lassen wolle. Nach längerer Aussprache der Stv. Keil, Herzfeld, Allgenstein, Winkelmann und Hennig wurde der Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuß überwiesen.

Eine Eingabe des Zentralverbandes der Fleischer betr. Uebernahme der Wurstküche in städtische Regie und eine Resolution der Fleischerinnung gegen Uebernahme der Wurstbereitung in städtische Regie wurden dem Sozialisierungsausschuß überwiesen.

Eine Petition des Verbandes reisender Gewerbetreibender Deutschlands, Ortsgruppe Halle, wegen Beibehaltung der Vieh- und Fahrmärkte wurde auf Vorschlag des Magistrats abgelehnt.

Stv. Herzfeld brach eine Lanze für Beibehaltung des Marktes und holte bei seiner Begründung weit aus, so daß Stadtrat Wurm nicht ganz mit Unrecht erklärte, daß, wenn der Magistrat seine Vorlagen mit Handlungen Karls des Großen begründen würde, er wohl bestimmt als rückschrittlich bezeichnet würde.

Die Debatte hatte ihr Ende noch nicht erreicht, als die Pressevertreter den Saal verließen.

„Enthüllungen".

Von rechts und links werden die lieben Hallenser mit „Enthüllungen" bombardiert. Die ganz Rechten „enthüllen" über die „Mörderzentrale der Kommunisten" und die ganz Linken über die „Mörderzentrale der Gegenrevolution". Der friedliche Bürger horcht erschreckt auf und wundert sich, daß er überhaupt noch lebt und die „Enthüller" wundern sich wieder, daß von ihren „Enthüllungen" so wenig Notiz genommen wird. Nach der Verhaftung der zwei Münchener Kommunisten war es die „Hallesche Zeitung", die uns eine grauenvolle Mordgeschichte erzählte und eine Gänsehaut über den Rücken jagte. Das war doch ein „Erfolg". Da durfte man auf der anderen Seite nicht zurückstehen und erzählte gleichfalls eine „Geschichte". Was da das „Volksblatt" über die „Mörderzentrale in Halle" erzählt, war nur Bekanntes, frisch aufgeputzt und anders aufgetischt. Ein wesentlicher Bestandteil in diesen „Enthüllungen" bildete die Angabe, über den „Leutnant Roth" und sein Tun, über das die „Volksstimme" schon im Juli d. J. ausführlich berichtet hatte. Da nun die „Volksstimme" von den „Volksblatt-Enthüllungen" nicht die nötige Notiz nahm, spielte das „Volksblatt" die gekränkte Leberwurst und machte in der ihm eigenen pharisäerhaften Weise seiner „Empörung" Luft. Wie schon erwähnt, war das, was das „Volksblatt" „enthüllte" im wesentlichen nichts Neues und schon darum erübrigte sich ein Eingehen und weiterhin geben wir nicht viel auf „Enthüllungen", die „Spiesse" zu verdanken sind. Alltäglich schimpft das „Volksblatt" auf diese elenden Gesellen und wenn es ihr in den Kram paßt, da benutzt sie dieselben genau so, wie die reaktionären Herrschaften. Widerwärtig wirkt die gerade in letzter Zeit von den beiden Extremen gepflogene Bespitzelung und man könnte so manches erfahren, wenn man eben auf dieselbe Art „Material sammelte". Wir wollen das nur einmal kurz feststellen und dann das „Volksblatt" fragen: Wer war der Herr mit dem E. K. I, der ihnen die „Enthüllungen" über die „Mörderzentrale der Gegenrevolution" brachte? Hat er nicht 1000 Mark dafür verlangt, wenn er „erzählt"? Ist er nicht einer von den „widerwärtigen Spitzeln", den man schließlich mit 500 Mark abspeiste. Auch die Rolle, die der jetzt verhaftete Kommunist Plettner, den unabhängige Redner nachher in öffentlichen Versammlungen als „Spitzel" bezeichneten, bei dieser Geschichte spielte, ist dem „Volksblatt" wohl unbekannt? Es wäre hier noch manches zu „enthüllen", aber wir verzichten aus Reinlichkeitsgründen darauf, und nur, wenn es notwendig werden sollte, müßten wir deutlicher werden. Die ganzen „Enthüllungen" sind nichts als „Spitzelarbeit", beim „Volksblatt" ebenso wie bei der „Halleschen Zeitung". Schmutzig eins wie das andere und Dreck fackt man grundsätzlich nicht gern an.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191007-13/fragment/page=0005

Die Wahrheit über den Streik bei der Halle-Hettstedter Eisenbahn.

Bezüglich des Streiks der H.-H. E. erfahren wir, daß die Beamtenschaft infolge Verschleppen bzw. Ablehnung berechtigter Forderungen — über die bereits seit April d. J. ergebnislos verhandelt wird — in den Streik getreten ist. Der Streik der Beamten ist auf sämtlichen von Lenz & Co. betriebenen Bahnen allgemein und ist kein Sympathiestreik. Die Arbeiter stehen außerhalb dieser Bewegung. Alle anderen Berichte entsprechen, wie uns die Beamten mitteilen, nicht den Tatsachen.

Die Tarifverhandlungen über den allgemeinen mitteldeutschen Braunkohlentarif.

Die am 1. Oktober 1919 wegen des Dazwischentretens des Bezirksbergarbeiterrates Halle abgebrochenen Tarifverhandlungen wurden am 6. Oktober in Halle wieder aufgenommen. Es waren nur solche Teilnehmer geladen, die gewillt waren, auch ohne Beisein des kommunistischen Bezirksbergarbeiterrates, der sich auf den Boden der Arbeitsgemeinschaft nicht stellen will, zu verhandeln.

Die für die Verhandlungen vorgelegten Entwürfe der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurden vorgleichend besprochen und Abänderungs- und Zusatzanträge entgegengenommen. Da es sich zeigte, daß in der heutigen Versammlung von etwa 150 Köpfen ein fruchtbringendes Arbeiten sich wohl kaum durchführen lassen würde, so waren sich die Beteiligten darüber einig, daß die Weiterarbeit einer aus Vertretern der Arbeitgeber einerseits und der Belegschaftsmitglieder und der Organisationsvertreter andererseits aus den einzelnen Revieren gewählten engeren Kommission zu übertragen wäre. Diese etwa aus 50 Köpfen bestehende Kommission wird die Verhandlungen am Dienstag fortsetzen und den Manteltarif nach Fertigstellung der sogenannten Plenarversammlung zur Annahme vorlegen.

Die Volkszählung am 8. Oktober 1919.

Heute soll das Austragen der Zählpapiere für die Volkszählung durch die ehrenamtlichen Zähler beendet sein. Diejenigen Haushaltungen, die bis zum heutigen Abend keine Zählpapiere erhalten haben, werden ersucht, sich unmittelbar an das Statistische Amt, Stadthaus, Zimmer 36, zu wenden; denn wer bei der Volkszählung nicht ermittelt ist, läuft für Wochen hinaus Gefahr, nicht mit den städtischen Lebensmitteln versorgt zu werden.

Das Einsammeln der Zählpapiere beginnt am 8. Oktober nachmittags. Es ist wichtig, daß der Zähler die Eintragungen des Haushaltes möglichst mit dem Haushaltungsvorstand oder dessen Stellvertreter durchspricht, damit keine versorgungsberechtigte Person auf der Haushaltungsliste vergessen wird. Gültig sind die ausgefüllten Haushaltungslisten nur mit der Unterschrift des Haushaltungsvorstandes oder seines Stellvertreters.

Mit der Haushaltungsliste ist jeweils ein besonderer Fragebogen für die in den Abstimmungsgebieten geborenen Personen verteilt worden; wegen der hohen politischen Bedeutung der Abstimmung in Oberschlesien, Ostpreußen, Westpreußen und Schleswig-Holstein wird um genaueste Ausfüllung gebeten, wenn sich Personen, die in den genannten Gebieten geboren sind, im Haushalte befinden. Die auf die em besonderen Fragebogen eingetragenen Personen müssen auch in den Haushaltungslisten eingetragen werden, da die Abstimmungsbogen nicht an das Reichsernährungsministerium, sondern an eine andere Behörde abzugeben sind.

Diejenigen Haushalte, bei denen die Zählpapiere bis zum 10. Oktober abends nicht abgeholt worden sind, müssen die Zählpapiere am 11. Oktober direkt in Stadthaus, Eingang vom Marktplatz, abliefern.

Die Abgabe der Zählpapiere für die Volkszählung durch die Zähler erfolgt vom 8. Oktober 1919 ab nachmittags im Stadthaus, Eingang vom Marktplatz, bis zum 11. Oktober. Für die Annahme ist ein durchlaufender Dienst von ½8 Uhr morgens bis 6½ Uhr abends eingerichtet. Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß die Zählpapiere nicht auf dem Polizeirevier abzugeben sind, sondern unmittelbar bei der Zählbehörde im Stadthaus.

• Der Sozialisierungsausschuß der Stadtverordnetenversammlung hielt am Montag vormittag eine Sitzung ab. Sie beschäftigte sich u. a. mit dem von der Stadtverordnetenversammlung überwiesenen Antrag auf Kommunalisierung der Apotheken. Der Berichterstatter legte die Mängel dar, die im Arzneiverkehr zurzeit bestehen. Wir haben die Frage schon in der Nummer vom letzten Sonnabend besprochen und verweisen auf die Darlegungen. Der Berichterstatter empfahl 1. Die Sozialisierung, die allerdings nur vom Reiche durchgeführt werden könne, 2. Die Errichtung einer Stadtapotheke. Nach dem jetzigen Stande der Gesetzgebung könne eine Kommunalisierung nicht in Frage kommen, da alle Apotheken aufgekauft werden müßten. Das würde für die 20 Apotheken in Halle eine Summe von etwa 6 bis 7 Millionen Mark erfordern. Den Vorschlägen des Berichterstatters wurde von allen Seiten zugestimmt. Im Mittelalter habe jede Stadt ihre Ratsapotheke besessen. In Hessen seien auch die Apotheken im Gemeindebesitz. Einen Fehler habe die Regierung dadurch gemacht, daß sie nicht ein Verbot des Verkaufs von Apotheken erlassen habe. Wenn die Stadt eine Apotheke errichte, brauche sie zwar auch eine Konzession, aber diese werde sie wohl erhalten. Könne die Stadtapotheke billiger verkaufen, als die anderen Apotheken, so hätte sie einen größeren Umsatz, was wieder auf die Preise der anderen Apotheken drücke. Der Antrag auf Errichtung der Stadtapotheke wird sodann einstimmig angenommen.

Eine lange Erörterung ruft der Antrag auf Kommunalisierung des Hebammenwesens hervor. Er wird damit begründet, daß viele Schwangere ohne Hilfe einer Hebamme oder eines Arztes entbinden, weil sie keine Mittel dazu hätten. Da Reich und Staat nicht eingriffen, müsse die Gemeinde etwas tun. Die Hebammen wünschen auch selbst die Sozialisierung. In der Aussprache wurde u. a. darauf hingewiesen, daß ein Gesetz über die Sozialisierung der Hebammen von der Preußischen Landesversammlung in Vorbereitung sei. Es sei eine Sozialisierung für das ganze Land doch besser als eine Anstellung durch die einzelnen Gemeinden. Vom Standpunkt der Notlage der Schwangeren aus ließe sich die Sache kaum noch betrachten, nachdem das neue Gesetz über die Wochenhilfe und Wochenfürsorge ausnahmslos allen Wöchnerinnen die Entbindungskosten in Höhe von 50 Mk., Wochengeld, Stillprämien usw. gewährt. Es bleibe also nur noch die Regelung des Hebammenwesens vom ethischen und volkswirtschaftlichen Standpunkt aus übrig. Von bürgerlicher Seite wird empfohlen, nicht die Kommunalisierung vom Magistrat zu fordern, sondern nur die Abstellung von Mißständen und Mängeln. Man dürfe nicht schablonisieren. Persönlichen Neigungen müsse immer Rechnung getragen werden. Es sei auch in noch keinem Orte, selbst auch dort, wo die Unabhängigen die Mehrheit haben, die Kommunalisierung der Hebammen durchgeführt. — Es wird schließlich mit Stimmenmehrheit beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, eine Vorlage zur Kommunalisierung der Hebammen auszuarbeiten und vorzulegen.

• „Heilquellen." Zu der Notiz in der Sonnabendnummer, Heilquellen, schreibt man uns: In Bad Neu-Nagoczy wird das Quellwasser als Heilbrunnen zum Versand gebracht. Es geschieht dies wohl nicht um der Menschheit zu dienen, sondern um Geld daraus zu schlagen. Denn wieviele Millionen Hektoliter unserer besten deutschen Heilquellen laufen unbenutzt ins Meer, da soviel Nachfrage nicht vorhanden ist. — Innerhalb des Bades hatte sich der Touristenverein „Die Naturfreunde" mit viel Arbeit und hohen Kosten ein leerstehendes Haus als Land- und Ferienheim eingerichtet. Wer einmal Gelegenheit hatte, das muntere Leben und Treiben dort mit anzusehen, wird seine helle Freude daran gehabt haben. Nun wird dies Unterkunftshaus von der Badeverwaltung gebraucht und dem Verein wurde ein anderes Haus bis zum Jahre 1924 verpachtet. Inzwischen hat aber die Badeverwaltung erfahren, daß die Naturfreunde fest überzeugte Sozialisten sind und natürlich auch kein Hehl daraus machen. Die Verwaltung hat nun schnell einen Bauschverständigen bestellt. Dieser hat gefunden, daß das andere Haus auf einmal baufällig ist und so ist der Ausweg gefunden, die verhaßten „Sozis" los zu werden. Man will mit der Ausgrabung der Quellen der leidenden Menschheit dienen, aber hier hat man eine der Quellen verstopft, wo die arbeitende Klasse neue Kraft schöpfte. Nicht mit Wasser und Kohlensäure ist dem Volke gedient, nein, es müssen Stätten geschaffen werden, wo sich die arbeitende Bevölkerung von dem Elend der letzten Jahre ausruhen und erholen kann. Und das ist draußen in Neu-Nagoczy der Fall. Dafür hat aber diese reaktionäre Badeverwaltung kein Verständnis, ja wenn die Naturfreunde deutschnational wären, aber so . . . .

Apollotheater. Indem die Direktion Kurt Olsers Leo Falls „Der liebe Augustin" neu auf den Spielplan setzte, tat sie etwas Gutes, doch schwächte sie durch starkes Unterstreichen der üblich-sentimentalen Stellen, durch ein lebendes Bild à la Kriegerverein am Schlusse des 2. Aktes, die Grundwirkung dieser musikalisch reizvollsten Operette allzuviel ab. Trotzdem sehr starker Beifall, der am Schlusse des 2. Aktes auch den Direktor und den Kapellmeister auf die Bühne rief. Die Begebenheit ist wie immer in den Operetten, und wenn sich hier alles zum Guten auslöst, so ist es doppelt erfreulich. Zwei Gäste, Dominik Löscher vom Gärtnerplattheater in München und Max Willenz vom Theater an der Wien entzückten etwas, doch war Willenz als lieber Augustin recht naturburschenhaft. Den Lorbeer holten sich die beiden Damen Lydia Petri und Trude Adam, die zusammen mit Robert Luther ein recht amüsantes Spiel gaben. Schließlich wären noch Jakob Kessenich als Regent von Tobesallen durch gute Charakterisierung zu erwähnen, wie Willy Kluge in der Episodenfigur des Advokaten viel Drastisches bot.

Deutscher Bund für Erziehung und Unterricht, Ortsgruppe Halle. Heute, Dienstag, den 7. Okt., abends 8 Uhr wird Herr Studienref. O. Siebecke über die geplante neue Form der höheren Lehranstalt, „Das deutsche Gymnasium", in der Aula der Städtischen Oberrealschule einen Vortrag halten. Alle für diese Frage eingenommenen Kreise sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Stadttheater. Heute, Dienstag, wird „Zar und Zimmermann" gegeben. Mittwoch — Anfang 7 Uhr — „Egmont". Am Donnerstag gelangt unter der Spielleitung von Adalbert Kriwat der Schwank „Die Rutschbahn" von Heinz Gordon und Kurt Götz zur Erstaufführung. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Helene Hartmann, Charlotte von Durand, Irma Grawi, Dora Debicke, Helene Senken, Annemargret Schön und die Herren Adalbert Kriwat, Willy Schur, Olaf Bach. Freitag geht Meyerbeers Oper „Die Hugenotten" in Szene. Sonnabend „Martha", Sonntag nachmittag Fremdenvorstellung bei ermäßigten Preisen „Heimat", Sonntag abend „Die Zauberflöte".

• **Professor Alexander Petschnikoff** ist ein leidenschaftlicher Instinktmusiker von verzehrendem Feuer. Sein großer sinnlicher Ton füllt mit dem weiten Atem des echten Geigers die gesangsmäßig schön und breit geschwungenen melodischen Linien. Ein Besuch seines Konzertes am Freitag, den 10. Oktober, im Mozartsaal ist deshalb allen Musikfreunden zu empfehlen. Studentenkarten für 2,10 und 1,60 Mk., sowie Schülerkarten für 1,10 Mk. bei D. Hothan.

Aus der Provinz.

An die Genossen im Bezirk!

Alle Zusendungen an das Bezirksparteisekretariat sind mit der genauen Namensbezeichnung „R. Dreschen" zu versehen, da schon sehr unliebsame Verwechslungen vorgekommen sind.

Weißenfels. Sitzung des Gewerkschaftskartells. Der erste Verhandlungsgegenstand hing mit den vielumstrittenen Betriebsräten zusammen. Zwei Schuhfabrikarbeiter, denen die ihrer Meinung nach für die Förderung des Betriebsrätegedankens aufständigen Stellen nicht genug leisteten, hatten eine öffentliche Versammlung einberufen, um der beschleunigten Einführung der Betriebsräte zu dienen. Das Ergebnis war aber kein anderes als das des bekannten Hornberger Schießens. Nun wollten sie die Unkosten für diese unfruchtbare Veranstaltung dem Gewerkschaftskartell aufbürden. Dieses Ansinnen wurde mit nahezu allen Stimmen abgelehnt. Der Schuhmacher-Delegierte Demberger meinte, daß Betriebsräte ein Unding seien, solange die gesetzlichen Grundlagen für sie noch nicht gegeben wären. Kein Unternehmer würde sich zwingen lassen, Betriebsräte anzuerkennen, die lediglich nach den von verschiedenen Stellen herausgegebenen Richtlinien gewählt seien. Es stehe zu erwarten, daß von der Regierung noch in diesem Monat eine Verordnung über Betriebsräte erlassen wird. Dann sei es Pflicht aller Arbeitnehmer, die darin zugestandenen Rechte mit aller Entschiedenheit in Anwendung zu bringen. Der eingebrachte Antrag betreffs Schaffung einer Zentrale für Betriebsräte wurde fallen gelassen, da vom Arbeiterrat eine solche bereits gebildet worden ist, die aber aus den von Demberger genannten Gründen untätig bleiben muß. Im weiteren Verlauf der Sitzung wies Genosse Grünbeyer darauf hin, daß leider noch eine große Anzahl Söhne und Töchter freigewerkschaftlich organisierter Arbeitereltern den sogenannten wirtschaftsfriedlichen Angestelltenverbänden angehören. Er bittet die anderen Delegierten in den Versammlungen ihrer Gewerkschaften auf diese mißliche Erscheinung hinzuweisen. Als man ihm erwiderte, daß der angehende Kaufmann und sonstige Angestellte sich eben einbilde, mehr als ein Arbeiter zu sein, replizierte Genosse Grünbeyer, daß die Arbeitereltern in vielen Fällen hieran nicht schuldlos seien, weil sie den Sohn oder die Tochter in der Auffassung bestärkten, daß er oder sie als Angestellte gesellschaftlich über die Eltern gestiegen seien. Ein in der Gewerkschaftsbewegung erzogener Kollege pflichtete ihm bei und führte als Beispiel einen bekannten U. S. P.-Genossen an. Infolge eines von Vorsitzenden des Vereins „Arbeiterpresse" eingegangenen Schreibens wurde die Angelegenheit des früheren hiesigen Arbeitersekretärs Gebhardt erörtert. Dieser beanspruche bekanntlich noch für ein Vierteljahr Gehalt. In der Aussprache wurde anerkannt, daß Genosse Gebhardt auf seinem Posten tüchtig gearbeitet hat. In Anerkennung dessen sei man auch nicht abgeneigt gewesen, ihm das verlangte Gehalt auszuzahlen, obwohl er keinen rechtlichen Anspruch darauf habe. An den Vorsitzenden der für Prüfung seiner Angelegenheit eingesetzten Kommission habe es ein Schreiben gerichtet, in dem er einige Mitglieder dieser Kommission beleidigte, durch deren Amtsniederlegung dieselbe nunmehr aktionsunfähig geworden ist. Der Kartellvorstande wurde damit betraut, dem Verein „Arbeiterpresse" in diesem Sinne zu schreiben. Sodann wurde angeregt, das Arbeitersekretariat solange aufzuheben, bis es durch seine bevorstehende Kommunalisierung wieder mit einer geeigneten Person besetzt sei. Jetzt würden die Geschäfte so gut als es ihnen möglich ist, vom Sekretär des kommunalen Arbeiterrates und dem Ehrenbeisitzer des „Volksboten" gemeinsam erledigt. Beide seien aber nicht befähigt, in sozialrechtlichen und anderen wichtigen Angelegenheiten Auskunft zu geben. Die beiden Geschäftsführer des Zentralverbandes der Schuhmacher, Chlebowitz und Demberger widersprachen dieser Anregung. Der Sekretär des Arbeiterrates Pitschke sowohl als der Volksbotenredakteur Bornhake seien allerdings kein vollwertiger Ersatz für den Arbeitersekretär, zur Abfassung von Schriftstücken, mit denen manche Arbeitsleute nicht zurecht kämen, seien beide sehr wohl imstande und würden hiermit auch stark beschäftigt. Eine völlige Aufhebung des Arbeitersekretariats würde zur Folge haben, daß das Büro des Schuhmacherverbandes noch mehr von Ratsuchenden in Anspruch genommen würde, als es ohnehin schon in hohem Maße geschieht. Daraufhin wurde der Offenhaltung des Sekretariats zugestimmt und dem Erwähnten Bornhake für seine Tätigkeit 100 Mark als Entschädigung für zwei Monate bewilligt. Von der Volksbuchschulleitung lag ein Ersuchen um Namhaftmachung von Fachlehrern vor. Dem konnte nicht entsprochen werden, wohl aber soll vorgeschlagen werden, einen Lehrgang im Schönschreiben einzurichten. Genosse Grünbeyer stellte mit Bedauern fest, daß sich an den verschiedenen von ihm belegten Unterrichtsfächern des Sommersemesters nur wenige Arbeiter beteiligt hätten. Als dringend notwendig wurde eine strenge Kontrolle der Einhaltung der achtstündigen Arbeitszeit bezeichnet. Häufig seien die Fälle, in denen Eisenbahner bis in die späten Abendstunden hinein für Schuhfabriken Arbeit verrichteten, wodurch die Zahl der Erwerbslosen immer geteilaert werde. Auch müsse scharf Stellung gegen solche Arbeiter genommen werden, die durch Musikanten und Kellnern den darin Berufstätigen den Beruf erschwerten. Pflicht aller gewerkschaftlich Organisierten müsse es sein, in ihren Vereinen dahin zu wirken, daß zu Vereinsämtern nur Berufsmänner zugezogen werden. Eine sehr eingehende Aussprache über Tarifangelegenheiten ließ erkennen, wie notwendig es ist, daß in solchen Betrieben, wo Angehörige verschiedenen Gewerkschaften beschäftigt sind, diese Organisationen sich über das Vorgehen in Lohnfragen vorher verständigen. Es wurden mehrere Fälle angeführt, wo die Nichtbeachtung dieser Notwendigkeit den Arbeitern geschadet hat. Zum Schluß sei bemerkt, daß der Vorsitzende des Kartells den Willen zeigte, sein Amt parteipolitisch neutral auszuüben. Sein politischer Gesinnungsfreund Chlebowitz dagegen führte sich auch hier wieder als Enfant terrible der hiesigen Arbeiterbewegung auf. Mit ausgesprochener Absicht bediente er sich nur der Anrede „Parteigenossen", obwohl er in der vorigen Kartellsitzung mit Bedauern feststellen mußte daß noch nicht alle Kartelldelegierten auf dem Boden der U. S. P. stehen. Es gibt leider noch solche, sagte er, die sich zur Richtung Noske bekennen. Bevor der waffenlüstterne Emil Barth nicht die Nachfolge Moskes angetreten hat, wird Chlebowitz wohl kaum eine Rede halten, in der er es unterläßt, den gegenwärtigen Reichswehrminister zu erwähnen.

Pieteritz. Die Kartoffelbezugsscheine können in der Gemeinde Pieteritz und Kleinwittenberg vom Donnerstag, den 2. Oktober ab im Gemeindebüro entgegengenommen werden. — In der laufenden Woche dürfen auf die Fleischkarte 150 Gramm Schlachtviehfleisch mit eingewachsenen Knochen entgegengenommen werden.

Pieteritz. Trinkwasser. Als brauchbares Trinkwasser sind die von der Gemeindeverwaltung Pieteritz eingereichten Wasserproben der geplanten Wasserleitung durch die Sprengstoffwerke bei der Untersuchung in Halle festgestellt worden. Hoffentlich wird nun bald die Kolonie Sachsenland vom Uebel der Wassernot befreit werden.

Pieteritz. Schöffenwahl. Die Schöffenwahl in unseren Gemeinden fand am Sonntag, den 28. September statt. Die von der U. S. P. eingereichte Liste und zwar als 1. Schöffe Kaspar, als 2. Schöffe Kolbe, als 3. Schöffe Näckel wurde ohne Gegenliste gewählt. In Kleinwittenberg wurde die Wahl nachmittags vorgenommen. Bei der Stimmenabgabe erhielt die Liste Schaper U. S. P. 9, die Liste Feldmann D. 3 Stimmen. Die ersten beiden der Liste Schaper sind somit gewählt, während bei dem dritten das Los ebenfalls für Liste Schaper entschied. Es sind somit gewählt: Schöffe Schaper, 2. Schöffe Blumenthal, 3. Schöffe Lindemann. Ueber die fragliche Wahl des Gemeindevorstehers gab Herr Stamm die Erklärung ab, daß auf Grund der Amtsführungsbestimmungen zu §2 des Herrn Regierungspräsidenten, der Gemeindevorsteher von Kleinwittenberg als besoldeter im Sinne des Gesetzes vom 18. Juli 1919 anzusehen ist. Deshalb fand eine Neuwahl nicht statt.

Eisleben. Ernährungsfragen. Wie überall, so bildet auch bei uns die Frage der Ernährung das A und O des menschlichen Denkens. Der hiesige Ernährungsausschuß hatte einer ihm gegebenen Anregung nachgegeben und durch den Magistrat am verflossenen Donnerstag nach dem „Wiesenhaus" eine öffentliche Frauenversammlung einberufen, die recht gut, aber noch nicht übermäßig stark besucht war, sich aber aus allen Schichten der Bevölkerung, abgesehen von den oberen 3,5 zusammensetzte. Diese Klasse Menschen hat ja bekanntlich keine Ernährungssorgen. Der zweite Bürgermeister, Dr. Heipertz, hatte es übernommen, in einer einem Juristen alle Ehre machenden Form und Aufmachung und durchsetzt mit ständigen Hinweisen auf die allgemeine Notlage sowie den wiederholt ausgesprochenen Bitten um Mitarbeit aus den Kreisen der Hausfrauen das Thema zu erörtern. Es muß actzugeben, daß seine Ausführungen sich auf der Basis des deutschen Sachlichen bewegten und die allgemeinen Schwierigkeiten vollauf zu würdigen wußten. Es muß ohne weiteres zugegeben werden, daß die Lösung solcher gestellten Aufgaben zu den undankbarsten gehört. Die Umschiffung der bedenklichen Klippen schien dem Redner gelungen zu sein, denn trotz wiederholter Aufforderung zur Diskussion meldete sich keine Volksgenossin. Wir sind weit von der Annahme entfernt, als hätten die anwesenden Frauen keine Beschwerden vorzutragen gehabt; aber die auch für die Frau gegebene Möglichkeit, in offener Rede von der Tribüne der Versammlung die volkswirtschaftlichen Schäden zu geißeln, muß sich erst noch durchsetzen. Der ruhige Verlauf der Versammlung ließ aber die Schlußfolgerung zu, daß alle Anwesenden von der Schwierigkeit der Lage überzeugt waren. Durch Zuruf wurden zwei Fälle, Unregelmäßigkeiten in Butterlieferung bekannt, die aber bereits zur Untersuchung anstehen. Hierauf nahm ein unabhängiger Arbeiterrat das Wort, um seine Tätigkeit auf diesem Gebiet zu zeichnen. In einem früheren Bericht hatten wir darauf auf einen Wettlauf zwischen Unabhängigen und Kommunisten um die Gunst des Volkes in dieser Frage hingewiesen. In diesem Sinne waren auch seine Ausführungen gehalten. Derartige Versammlungen sollen in Zukunft öfter stattfinden. Nach unserm Dafürhalten ist die ganze Angelegenheit mit eine Frage des Charakters und der Moral und solange wir diese Not der Ernährung im Volke haben, wird es immer wieder erbärmliche Elemente geben, die daraus für sich Vorteil zu schlagen wissen und daher noch kalten Blutes dem leidenden Proletariat in die Augen schauen!

Pickel-Mitesser

Sommersprossen, Röte, überh. alle Hautunreinheiten beseitigt überraschend schnell „Creme Fluma". Wirkt selbst in veralteten Fällen mit glänzend. Erfolg und verschönt blendend reinen Teint. Viele Dankschreiben. Preis Mk. 4.75, Doppelpreis Mk. 7.50. Versand direkt nur Dr. K. Hoffmann & Co., Berlin-Schöneberg E. 34.

Versammlungs-Kalender

Mücheln. Mittwoch, den 8. Oktober, abends 7½ Uhr, im Vereinslokal „Zur guten Quelle": Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins.

Merseburg. Mittwoch, den 8. Oktober, abends 7½ Uhr, im „Hohen alten" Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins. Näheres im Inserat. Der Vorstand.

Verantwortlich für Politik, Parteinachrichten und Lokales: Max Seydewitz, für „Aus der Provinz": K. Garbe, für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig, sämtlich in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Gesucht Nummern der Volksstimme

bitten wir nicht wegzuwerfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteiblatt zu werben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191007-13/fragment/page=0006